

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Udo Kempf

Vom Vielparteiensystem  
zur Blockbildung

Das französische Parteiensystem

Michael Harscheidt

Das Splitting — ein  
wahltaktisches Medium  
der Liberalen?

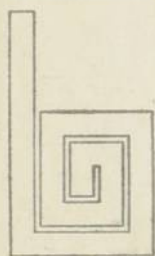
B 9/73

3. März 1973

Udo Kempf, Dr. phil., geb 1943 in Remscheid; studierte in Bonn, Grenoble, Tübingen und Paris Politische Wissenschaften, Französisch und Geschichte, seit 1971 wiss. Assistent am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Hamburg.

Veröffentlichungen: Zur Kandidatenaufstellung in Frankreich am Beispiel der Union pour la Nouvelle République, Berlin 1973; Der Französische Staatspräsident — Macht ohne Grenzen?, in: Gegenwartskunde 2/1972; Mechanismen einer zentralen Steuerung der Kandidatenaufstellung in der U.N.R., in: Zeitschrift für Politik 4/1972.

Michael Harscheidt, geboren 16. Sept. 1941 in Wuppertal-Elberfeld; seit 1964 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Deutschen Literatur an der Albertus-Magnus-Universität zu Köln; dort Doktorand mit einer Untersuchung des Politischen und Historischen im modernen deutschen Roman.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels; Redaktionsmitglieder: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleischstr. 61-65, Tel. 06 51 / 4 80 71, nimmt entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preise von DM 9,— vierteljährlich (einschließlich DM 0,47 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.



# Vom Vielparteiensystem zur Blockbildung

## Das französische Parteiensystem

### Einleitung

Eine Analyse des französischen Parteiensystems muß kurz vor den Wahlen <sup>1)</sup> zur Nationalversammlung den für die heutige Entwicklung so fundamentalen Ausspruch des langjährigen Kulturministers und engsten Gefährten de Gaulles, André Malraux, „zwischen uns (den Gaullisten) und den Kommunisten wird der französische Wähler bald ein Nichts vorfinden“ einbeziehen, um der innerhalb von 14 Jahren erfolgten Wandlung des Parteiensystems gerecht zu werden.

Zwar haben die bisherigen vier Wahlen Malraux' düstere Prophezeiung nur zum Teil bestätigt, andererseits zeigen aber die Ereignisse der letzten Monate seit Veröffentlichung des gemeinsamen Programms der P.C.F. und der Sozialisten eine unabwendbare Entwicklung vom Vielparteiensystem der dritten und vierten Republik zu einem auf zwei Blöcke polarisierten Gefüge, das sich um die Gunst der Wähler bemüht. In den Wahlen vom Juni 1968 vereinigten die drei größten Parteien 80 % der abgegebenen Stimmen auf sich, während die drei restlichen, unter ihnen Frankreichs älteste Partei, die 1901 gegründeten Radikalsozialisten, nur minimale Prozentsätze erringen konnten. Vergleicht man diese Zahlen mit Ergebnissen der IV. Republik, so zeigen sie am besten den eingetretenen Wandel: 1956 fielen auf die drei größten Formationen nur 50 % der Stimmen; sechs oder — je nach Klassifizierung — neun Gruppierungen mußten die übrigen Stimmen unter sich aufteilen.

Diese Polarisierung, die seit dem Ende des Algerienkrieges 1962 die gesamte Parteienkonstellation erfaßt hat und sich nicht nur

auf die „neuen bzw. jungen“ Parteien der Regierungskoalition, sondern auch auf die vier traditionellen Parteien <sup>2)</sup> erstreckt, kennzeichnet das heutige Parteiensystem Frankreichs. Unlösbar verbunden mit dieser Entwicklung ist neben der Verschiebung des traditionellen Gleichgewichts zwischen Legislative und Exekutive, das sich in der III. und IV. Republik immer eindeutig zugunsten des Parlaments

**Michael Harscheidt**

**Das Splitting — ein wahltaktisches  
Medium der Liberalen? ..... S. 27**

neigte, in der V. Republik aber durch Hinzufügung einer dritten Komponente, des omnipotenten Staatspräsidenten <sup>3)</sup>, ein Übergewicht der Exekutive schuf, der Rückgriff auf das romanische Mehrheitswahlsystem <sup>3a)</sup>. Wäre in der heutigen Republik weiterhin nach der seit 1945 gebräuchlichen Verhältniswahl abgestimmt worden, hätte sich eine völlig andere Sitzverteilung ergeben.

<sup>2)</sup> Section Française de l'Internationale Ouvrière, Mouvement Républicain Populaire, die Gemäßigten, Parti Communiste Français.

<sup>3)</sup> Vgl. Udo Kempf, Der französische Staatspräsident — Macht ohne Grenzen?, in: Gegenwartskunde, 21. Jg., H. 2, 1972, S. 143 ff.

<sup>3a)</sup> In Frankreich wird nach der romanischen oder absoluten Mehrheitwahl mit zwei Wahlgängen gewählt, die schon die III. Republik (und das deutsche Kaiserreich) kannte. Danach ist das Land in ebenso viele Wahlkreise eingeteilt, wie es Abgeordnete in die Nationalversammlung, das „Palais Bourbon“ schickt. Wenn ein Kandidat im ersten Wahlgang mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen erhält, ist er gewählt. Erzielt kein Kandidat die absolute Mehrheit, findet am folgenden Sonntag eine Stich-

<sup>1)</sup> Manuskript abgeschlossen im Januar 1973.



Hinzu tritt eine Umwälzung der sozio-ökonomischen Struktur, die sich am deutlichsten in der Abnahme der in der Landwirtschaft Tätigen (von 27,5 % [1954] auf 15,3 % [1968]) und in der Bildung neuer großer Industriezentren in Savoyen (Grenoble), der Bretagne (Le Mans) und des Südwestens (Bordeaux, Lacq) zeigt.

Die wahlgeographische Bedeutung dieser Veränderungen äußert sich vor allem in einer Verschiebung der traditionellen Hochburgen: Wählten in der IV. Republik die Industriegebiete in der Regel sozialistisch, die ländlichen Regionen konservativ, so erzielten die Gaullisten in den letzten Jahren vor allem auf Kosten der Sozialisten und auch Kommunisten in den aufstrebenden neuen Industriezentren und in Paris enorme Stimmgewinne, während die ländlichen Zonen südlich der Loire überdurchschnittlich viele Abgeordnete der „Linken“ ins Palais Bourbon entsandten.

## Die verfassungsrechtliche Stellung der Parteien

Der Begriff „Partei“ blieb in den französischen Verfassungen im Gegensatz zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland weitgehend unberücksichtigt; auch ein Parteiengesetz besteht nicht. Zu Beginn der IV. Republik beabsichtigten die S.F.I.O. und das M.R.P., ein Parteienstatut verabschieden zu lassen, das die Rolle der Parteien im Staat, ihre innerparteiliche Demokratie und Offenlegung der Finanzen beinhalten sollte. Dieses Vorhaben scheiterte jedoch an der mangelnden Zustimmung der übrigen Parteien, die sich einerseits gegen ein Aufdecken ihrer finanziellen Zuwendungen (so die Konservativen und die Radikalsozialisten) und andererseits gegen eine Kodifizierung der „innerparteilichen Demokratie“ (so die Kommunisten) wandten. Diese „unheilvolle“ Allianz<sup>4)</sup> brachte somit

---

wahl statt, bei der die einfache Mehrheit genügt. Zwischen diesen beiden Wahlrunden scheidet jene Kandidaten aus, die weniger als 10 Prozent (bis 1966 5 %) der Wahlberechtigten für sich mobilisieren konnten.

<sup>4)</sup> Stanley Henig/John Pinder, *European Political Parties*, London 1969, S. 103.

All diese Komponenten haben dazu beigetragen, das zersplitterte Parteiengefüge der Vor- und Nachkriegszeit auf einige wenige zu reduzieren und gleichzeitig eine „Umerziehung“ des Wählers zu bewirken, der nach den vorliegenden Analysen nicht mehr bereit zu sein scheint, Splitterparteien oder ausgesprochenen Protestparteien (wie den Poujadisten oder Rechtsextremisten) seine Stimme zu geben, sondern sich für einen der zwei (oder drei) in sich verhältnismäßig heterogenen Blöcke entscheidet. Daß dieses Wählerverhalten durch die dominierende Person General de Gaulles entscheidend beeinflusst wurde, braucht nicht ausdrücklich hervorgehoben zu werden, denn ein positives oder negatives Votum für den Staatspräsidenten — ob in einem Referendum oder in der Präsidentschaftswahl — band die Wähler in der Regel auch an die Parteien, die seine Politik in der Nationalversammlung gut- hießen oder ablehnten.

den Vorschlag zu Fall und verhinderte dadurch auch eine Aufnahme eines entsprechenden Artikels in die Verfassung.

Auch der damalige Ministerpräsident Charles de Gaulle sprach sich gegen ein solches Statut aus und gab kurz nach seinem Rücktritt<sup>5)</sup> in der berühmten Rede von Bayeux, ohne die die Verfassung und auch die Verfassungswirklichkeit der V. Republik nicht verstanden werden kann, seinem Widerwillen gegen die Parteien Ausdruck: „Die (gegenwärtige Welt-) Lage läßt nicht zu, daß wir in unsere eigenen politischen Kämpfe einen Faktor leidenschaftlicher Unruhe hineinbringen. Kurz, die Rivalität der Parteien ist bei uns grundsätzlicher Natur; sie stellt immer alles in Frage, und sie verliert nur allzuoft die höheren Interessen des Landes aus den Augen ... Aber für die Zukunft unseres Landes und der Demokratie ist es unerlässlich, daß unsere Institutionen dieser Tatsache Rechnung tragen, indem sie ... das Prestige und die Autorität des Staates erhalten, um so zu erreichen, daß die

---

<sup>5)</sup> Am 20. 1. 1946.



Gesetze Kredit und die Regierungen Kohäsion besitzen <sup>6)</sup>."

De Gaulle sah vor allem in den ständigen Kabinettskrisen ein Versagen der politischen Parteien, das schließlich in der Kapitulation vor der deutschen Wehrmacht und der Errichtung einer autokratischen Herrschaft durch Marschall Pétain mündete. Für ihn bestand die einzige Lösung, den Staat vor ewigen Parteiquerelen zu schützen, in der Schaffung eines von den Parteien unabhängigen Staatspräsidenten, „aus dem exekutive Gewalt hervorgehen muß“ und der als „Schiedsrichter über allen politischen Schwankungen steht“.

Paradoxerweise enthält jedoch als erste die Verfassung von 1958 einen Hinweis auf die politischen Parteien: „Die Parteien und politischen Gruppen wirken bei den Wahlentscheidungen mit; ihre Bildung und die Ausübung ihrer Tätigkeit erfolgen frei. Sie haben die Grundsätze der nationalen Souveränität und der Demokratie zu beachten“ (Art. 4). Es lag wohl in der Absicht der Verfassungsväter, auf diese Weise die Rechte der Parteien eher einzuschränken als auszuweiten und ihnen ein beschränktes Betätigungsfeld zuzuweisen und zu garantieren, ohne ihnen damit in irgendeiner Weise eine Monopolstellung verschaffen zu wollen<sup>7)</sup>. Dies wird vor allem im Wahlgesetz von 1964 deutlich, daß den Parteien keinerlei Mitwirkung bei der Kandidatennominierung überträgt. Wahlvorschläge können nur von den Kandidaten selbst eingereicht werden (Art. L. 154), wobei es gleich-

#### Abkürzungsverzeichnis

R.P.F.	Rassemblement du Peuple Français
U.N.R.	Union pour la Nouvelle République
U.D.R.	Union des Démocrates pour la République
R.I.	Républicains Indépendants
C.N.I.P.	Centre National des Indépendants et Paysans
M.R.P.	Mouvement Républicain Populaire
P.D.M.	Progrès et Démocratie Moderne
C.D.P.	Centre Démocratie et Progrès
S.F.I.O.	Section Française de l'Internationale Ouvrière
F.G.D.S.	Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste
P.S.	Parti Socialiste
P.S.U.	Parti Socialiste Unifié
P.C.F.	Parti Communiste Français
C.G.T.	Confédération Générale du Travail
C.F.D.T.	Confédération Française Démocratique du Travail

gültig ist, ob sie Parteimitglieder sind oder nicht.

Trotz dieser rechtlichen Bestimmung fällt den Parteien die entscheidende Rolle bei der Investitur zu, weil fast alle Bewerber erst nach Aufstellung durch eine Partei ihre Kandidatur erklären. Formell handelt es sich also um eine selbständige Bewerbung des Kandidaten, die materiell jedoch ein Wahlvorgang seiner Partei ist <sup>8)</sup>.

## Die Regierungsparteien

### a) Die Union des Démocrates pour la République (U.D.R.)

War es in der IV. Republik weder einer Rechts- noch Linkspartei gelungen, bei den Wahlen eine arbeitsfähige Mehrheit zu errin-

gen, änderte sich die für die Nachkriegsrepublik so verhängnisvolle Konstellation grundlegend durch das gleichzeitig mit der neuen Verfassung verabschiedete Wahlgesetz, der Übernahme des Präsidentenamtes durch Ge-

<sup>6)</sup> Gilbert Ziebura, Die V. Republik. Frankreichs neues Regierungssystem — Eine Quellensammlung, Köln 1960, S. 33.

<sup>7)</sup> H. Josef Schröder, Die Kandidatenaufstellung und das Verhältnis des Kandidaten zu seiner Partei in Deutschland und Frankreich, Berlin 1971, S. 41.

<sup>8)</sup> Partizipation der Parteimitglieder an der Kandidatenaufstellung, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland durch das Wahlgesetz und das Parteiengesetz kodifiziert ist, kennt in Frankreich nur die Partei Socialiste. Alle übrigen Parteien haben in ihren Satzungen ein „Vorschlagsrecht der departementalen Gruppen“ vorgesehen; der Parteivorstand ist an diese Empfehlungen jedoch nicht



neral de Gaulle und der Gründung der gaullistischen Partei U. D. R. <sup>9)</sup>.

Diese Partei, die sich unmittelbar nach de Gaulles Rückkehr an die Macht in erstaunlicher Kürze konstituierte <sup>10)</sup>, kann als die einzige „neue“ Parteigründung der V. Republik angesehen werden, die sich vor allem durch ihren — für französische Verhältnisse — erstaunlich langanhaltenden Erfolg auszeichnet und bisher erfolgreicher der tragende Pfeiler einer Regierungskoalition gewesen ist als irgendeine andere Formation in der französischen Geschichte.

Als sie wenige Wochen nach ihrer Gründung im ersten Wahlgang über 20 % der Stimmen und ca. 40 % der Sitze in der Nationalversammlung errang, profitierte sie einmal von den Stimmen der Wechselwähler, die in den vergangenen Wahlen für andere Ad-hoc-Parteien (z. B. die Poujadisten) gestimmt hatten, diese Formationen jedoch jeweils nur einmal unterstützten; zum anderen verhalf die damals unbestreitbare Autorität des Generals seinen in der U. D. R. zusammengeschlossenen Anhängern zu einem „Schwalbenschwanz“-Effekt, denn die Wähler, die kurz zuvor de Gaulles Referendum unterstützt hatten, sahen keinen Grund, seiner Partei ihre Zustimmung zu verweigern. (Daß diese Entwicklung maßgeblich durch die Mehrheitswahl ermöglicht wurde, wird an anderer Stelle eingehender erörtert.)

Von nun an konnte die U. D. R. in jeder Parlamentswahl ihren Stimmenanteil weiter aus-

---

gebunden, sondern kann die Nominierungen autokratisch vornehmen. Vgl. hierzu Udo Kempf, Mechanismen einer zentralen Steuerung der Kandidatenaufstellung in der gaullistischen UNR. Eine Fallstudie anhand der Wahlen zur Nationalversammlung 1967 und 1968, in: Zeitschrift für Politik, 19. Jg., H. 4, 1972, S. 365 ff.

<sup>9)</sup> Die gaullistische Partei wechselte seit ihrem Bestehen mehrmals ihren Namen: Zunächst von 1958 an „Union pour la Nouvelle République“ (UNR), 1967 „Union des Démocrates pour la V<sup>e</sup> République“ (UD—V<sup>e</sup>), im Mai/Juni 1968 „Union pour la Défense de la République“ (UDR) und anschließend „Union des Démocrates pour la République“ (UDR). Der besseren Übersicht wegen werden die letztgenannten Initialen im gesamten Text beibehalten.

<sup>10)</sup> Vgl. Jean Charlot, L'U.N.R. — Etude du Pouvoir au Sein d'un Parti Politique, Paris 1967.

bauen (siehe Tabelle 1), bis sie und ihre Koalitionspartner (Unabhängige Republikaner und einige Zentrumsandidaten) 1968 46 % der abgegebenen Stimmen bzw. 36 % der Wahlberechtigten auf sich vereinigen konnten — ein Erfolg, den keine französische Partei jemals erreichte.

Für diese Entwicklung ist die soziale Schichtung und regionale Verteilung der gaullistischen Stimmen in den diversen Wahlen höchst aufschlußreich: Zunächst auf die traditionell konservativ wählenden Regionen des Nordostens und -westens beschränkt, konnte die Partei bei den folgenden Wahlen vor allem Stimmgewinne südlich der Loire und im Südosten erzielen und die dortigen Hochburgen der Linken erheblich dezimieren. Eroberte sie in den ersten Parlamentswahlen hauptsächlich die Mandate etlicher städtischer Wahlgebiete, die stärker vom sozialen Aufschwung der späten fünfziger Jahre profitiert hatten, gelang es der U. D. R. in der Folgezeit, auch in industriell unterentwickelten Zonen beträchtliche Gewinne zu erzielen. Da die Zahl der Stimmenthaltungen in den einzelnen Wahlen sehr schwankt, ist es äußerst schwierig festzustellen, wie viele Stimmen die Gaullisten den Linksparteien abnehmen konnten; Ehrmanns Angaben von ca. 15 % aller für die U. D. R. abgegebenen Stimmzettel bestätigen diese Vermutungen wohl am besten <sup>11)</sup>.

Die meisten gaullistischen Wähler stammen aus dem städtischen oder ländlichen Mittelstand; im Mai 1968 jedoch votierten unter den Ereignissen des Streiks und der Studentenunruhen zum erstenmal mehr Arbeiter und Rentner für die gaullistischen Kandidaten als für die kommunistischen und sozialistischen <sup>12)</sup>.

Ob für diese Entwicklung die mittlerweile seit 1967 eingeleiteten sozialen Maßnahmen mitentscheidend waren, ist fraglich; vielmehr ist dieser in der französischen Parlamentsgeschichte einmalige Erfolg neben den genann-

---

<sup>11)</sup> Vgl. Henry W. Ehrmann, Politics in France, Boston 1971<sup>2</sup>, S. 228.

<sup>12)</sup> Für Einzelheiten vgl. François Goguel, Bipolarisation ou Rénovation du Centrisme, in: Revue Française des Sciences Politiques XVII, 5/1967, S. 927 ff. und: Les Elections Législatives des 23 et 30 Juin 1968, a. a. O. XVII, 5/1968, S. 852 ff.



ten noch weiteren Motiven zuzuschreiben: der Angst vor dem totalen Chaos und der noch immer vorhandenen Autorität des Generals, die auch seiner Partei zugute kommen mußte.

De Gaulle hat sich nie als Parteivorsitzender der U. D. R. betrachtet. Im Gegenteil: 1958 verbot er sogar der neugegründeten Partei, seinen Namen auch nur als Adjektiv zu benutzen. Seine Aversion gegen alle politischen Parteien wurde durch das Debakel des Rassemblement du Peuple Français (R. P. F.) noch verstärkt, das er 1947 gegründet hatte, um die Institutionen der IV. Republik anzugreifen. Nach ihren ersten Erfolgen bei Kommunalwahlen und den Parlamentswahlen von 1951 zerstritt sich die Parteiführung jedoch über eine Beteiligung am Kabinett Pinay, und es gelang de Gaulle nicht, seine Anhänger von der Übernahme einiger Ministersessel abzuhalten. Kurz danach erlitt das R. P. F. empfindliche Niederlagen bei einigen Kommunalwahlen und verschwand bei den letzten Parlamentswahlen der IV. Republik 1956 völlig von der Bildfläche. Als es 1958 nach dem Machtwechsel erforderlich wurde, gaullistisches Gedankengut auch im Parlament zu vertreten, gründeten die engsten Mitarbeiter des Generals aus der Zeit der Résistance und des R. P. F. die neue Partei, die sich völlig mit de Gaulles innen- und außenpolitischen Ideen identifizierte, was zu ihren Wahlsiegen 1958 und 1962 führte.

Um eine Wiederholung des Zerfalls der neuen gaullistischen Partei zu vermeiden, bedurfte es vor allem einer strikt eingehaltenen Disziplin bei ihren Parlamentsabgeordneten. Dies führte zu Beginn der sechziger Jahre zu einem heftigen Eklat zwischen der Parteiführung und einigen der engsten Mitarbeiter des Generals in der Nachkriegszeit, die sich der Algerienpolitik der Regierung widersetzen, und endete mit deren Parteiausschluß. Ihr anschließender Versuch, als Unabhängige zu kandidieren, schlug völlig fehl und entmutigte in der Folgezeit sämtliche Sezessionsabsichten gaullistischer Abgeordneter.

Diskussionen über die Parteiprogramme oder ideologische Fragen wurden nur sehr selten zwischen der relativ kleinen Parteispitze und den unteren Ebenen geführt. Auf Grund der

in den Gründerjahren erfolgten völligen Personalisierung der Partei mit dem Staatspräsidenten wurde dessen Konzept von der „grandeur“ Frankreichs zum Leitmotiv der gaullistischen Bewegung; es erlaubte der Partei immer, darüber zu entscheiden, welchen Weg man einschlagen wollte, wenn politische Alternativen auftauchten. Zwar ist de Gaulles Konzept von „grandeur“ als antiquiert und für die heutigen internationalen Beziehungen als hinderlich klassifiziert worden, jedoch wird hierbei nur zu oft übersehen, daß die „grandeur“ fast ausschließlich der Innenpolitik diene: dazu bestimmt, den Stolz und den Glauben an Frankreichs politische Macht zu erhöhen, nützte sie dem Staatspräsidenten vor allem als ideologisches Mittel gegen Zwietracht und Uneinigkeit im eigenen Lager. Nachdem die III. Republik 1940 so unwürdig zusammengebrochen war und die IV. Europas „kranken Mann“ symbolisierte, betrachtete es de Gaulle als vordringliche Aufgabe, das Selbstbewußtsein der Franzosen zu heben — notfalls mit Hilfe eines exaltierten Nationalismus, der nicht zu Unrecht die Nachbarländer schockierte. Der überwältigenden Masse der Franzosen — gleich welcher Partei — schmeichelten seine Aufrufe und Ermahnungen und waren für die Mehrheit der gaullistischen Wähler bei den ersten beiden Parlamentswahlen Anlaß genug, für die U. D. R. zu votieren.

In den Anfangsjahren war General de Gaulle praktisch ihr eigentlicher Parteivorsitzender, obwohl es formell nie ein solches Amt gegeben hat und die Führungsgruppe um den engen Vertrauten (und späteren heftigsten Widersacher) de Gaulles, Jacques Soustelle, sich erst nach langen Diskussionen mit einem Pseudo-Vorsitzenden, dem Generalsekretär, zufriedengab. Dieser muß allerdings das absolute Vertrauen des Staatspräsidenten besitzen, um als notwendiges Koordinationsorgan zwischen Elysée-Palast und dem Sitz der Parteileitung in der Rue de Lille fungieren zu können.

Auch der seit 1969 amtierende Staatspräsident Georges Pompidou hat allen Bestrebungen, auf dem letzten Parteitag der U. D. R. in Straßburg einen Parteivorsitzenden zu wählen, energisch widersprochen und in einem



Brief an die Delegierten — so wurde zumindest nach außen seiner durch die Verfassung implizierten Neutralität Rechnung getragen — darauf hingewiesen, daß die U. D. R. eine „Bewegung“ (mouvement) und keine „Partei“ (parti) wie die übrigen darstellt; ihre Aufgabe bestehe in der bedingungslosen Unterstützung des Staatspräsidenten, da dieser ihr einziger „inspireur“ ist, während der Premierminister nur ihr „animateur“, der Generalsekretär ausschließlich ihr „organisateur“ ist <sup>13)</sup>.

Eine solche Hierarchie läßt dem Staatschef bei der Auswahl seines Premierministers völlig freie Hand und erlaubt es ihm, diesen — wie der Wechsel von Jacques Chaban-Delmas zu Pierre Messmer verdeutlicht — den politischen Umständen entsprechend auszuwechseln, ohne gleichzeitig die Organisation seiner Partei zu beeinträchtigen; außerdem wird durch diese Regelung das Amt des Premierministers nicht automatisch zum Erbhof einer einzigen Partei innerhalb der Regierungskoalition. Das ermöglichte es de Gaulle bis zu seiner Wiederwahl 1965, alle Versuche seiner Parteifreunde zu unterdrücken, die Bewegung zu einer modern strukturierten und geführten Partei der Mitte zu entwickeln; für ihn war die U. D. R. nicht mehr als ein notwendiges Übel, das er für die Unterstützung seiner politischen Ziele im Parlament benötigte. Die höheren Stufen der Parteihierarchie waren ausnahmslos mit einer Oligarchie besetzt, deren Mitglieder seit etlichen Jahren zu de Gaulles engerem und engsten Freundeskreis aus den Tagen des „freien Frankreich“, der unmittelbaren Nachkriegszeit oder der R. P. F.-Episode zählten <sup>14)</sup>.

Dadurch scharten sich Mitarbeiter verschiedenster politischer Richtungen — von der äußersten Linken wie André Malraux, René Capitant und der Schriftsteller David Rousset bis zur extremen Rechten — um den General. Sie schufen mit der neuen Partei ein recht heterogenes Gebilde, denn die Beziehungen, die sie untereinander verbanden, bestanden

<sup>13)</sup> Vgl. Le Monde vom 19. 11. 1971, S. 8.

<sup>14)</sup> Für Einzelheiten vgl. Jean Charlot, Le Phénomène Gaulliste, Paris 1970, und Pierre Viannson-Ponté, König Karl und sein Hofstaat, Frankfurt 1966.

anfangs hauptsächlich in ihrer persönlichen Loyalität gegenüber dem General, dem sie bis auf die unerbittlichen Streiter für ein Algérie Française unentwegt ihre Treue bekundeten und dadurch den Grundstein für den Nachgaullismus legten, der sich nun nicht mehr auf die Person des Generals, sondern ausschließlich auf die von ihm geprägte Partei stützen kann. Dieser Wandel ist vor allem das Verdienst des zweiten Premierministers und heutigen Staatspräsidenten, Georges Pompidou, der zu Beginn seiner Karriere keinerlei „gaullistische Tradition“ aufzuweisen hatte. Er leitete nach den für de Gaulle enttäuschenden Präsidentschaftswahlen <sup>15)</sup> von 1965 die zweite Phase der U. D. R. ein, indem er aus dieser Abstimmung Konsequenzen zog, um ein sich abzeichnendes Debakel bei den im Frühjahr 1967 stattfindenden Wahlen zu verhindern: Er sah ein Fortbestehen der U. D. R. nach einem voraussehbaren Abschied des Generals von der Politik ausschließlich in einer besser organisierten Partei, die fähig ist, diesen Wechsel im höchsten Amt der Republik zu überstehen und somit ein Überleben des Gaullismus ohne de Gaulle zu gewährleisten.

Bis zu den März-Wahlen 1967 war die U. D. R. hauptsächlich auf einen Ministerkreis und eine Parlamentsgruppe reduziert; es mangelte ihr vor allem auf den unteren Ebenen an verantwortungsbewußten Funktionären, die in den Regionen und Departements die Politik der Führungsgruppe wirkungsvoll unterstützten. Die außerordentlich knappe Mehrheit der Regierungskoalition von einer Stimme nach den Parlamentswahlen 1967 verdeutlichte die Notwendigkeit einer längst überfälligen Transformation. Da sich der Premierminister unter Mitarbeit Robert Pujades dieser Aufgabe besonders intensiv widmete, konnte es nicht ausbleiben, daß er allmählich zum Führer der gaullistischen Bewegung arrivierte.

In den folgenden Wochen vollzog sich — außerhalb des normalen Weges einer Reform der Parteisatzung — eine tiefgreifende Umstrukturierung der Organisation, die später dem Parteitag in Lille zur Bestätigung vorgelegt wurde: Der seit 1962 amtierende Generalsekretär Jacques Baumel wurde durch fünf

<sup>15)</sup> Vgl. Tabelle 3.



„nationale Sekretäre“ ersetzt<sup>16)</sup>, die sich jede Woche in Anwesenheit Roger Freys, Minister für die Beziehungen zum Parlament, und der Präsidenten der beiden gaullistischen Gruppen in der Nationalversammlung und im Senat unter dem Vorsitz Pompidous versammelten. Alle vierzehn Tage traf sich das Gremium außerdem mit dem neugeschaffenen, 26 Mitglieder zählenden Exekutivbüro. Ziel der neuen Organisationform war, der Partei einen direkten und regelmäßigen Zugang zum Premierminister zu ermöglichen und sie gleichzeitig aus der bisher geübten absoluten Personalifizierung mit dem Staatspräsidenten zu lösen; sie sollte sich also den Wählern als eigenständige Institution und als Sammlungsbeziehung der Mitte und der Rechten präsentieren. Außerdem gab diese Taktik dem Premierminister eine Einflußmöglichkeit auf die Partei, wie er sie bisher noch nicht ausgeübt hatte.

Das für eine moderne Partei entworfene Organisationskonzept stieß auf dem Parteitag in Lille (24.—26. 11. 1967) zunächst bei den orthodoxen Gaullisten auf Ablehnung, da sie ihren Einfluß geschmälert sahen. Gleichzeitig wurde zum erstenmal in der Geschichte der Partei die Forderung nach mehr innerparteilicher Demokratie (in allen französischen Parteien außer der sozialistischen ein kaum bekanntes Postulat) laut: Man verlangte die sofortige und unmittelbare Wahl des Generalsekretärs durch den Parteikonvent; erst nach heftigen Debatten wurde der Antrag wieder zurückgezogen, und man billigte den Kompromiß, den Generalsekretär vom Zentralkomitee wählen zu lassen.

Die in Lille beschlossenen wichtigsten Neuerungen waren: a) das Bureau exécutif, das vom Zentralkomitee<sup>17)</sup> gewählt wird und dessen 28 Mitglieder (nur neun, u. a. der Premier und ein Minister, gehören ihm ex officio an) die alte Commission politique ersetzten, die auf Grund der zahlreichen ex officio-Mitglied-

schaften weder repräsentativ noch aktiv war; b) die Neustrukturierung der Partei auf unterer Ebene, denn nun bildet nicht mehr das Departement, sondern der den Parteimitgliedern stärker verbundene Wahlkreis die neue Organisationsbasis. Gleichzeitig konstituierte sich die U. D. R. auf der Ebene der 21 Regionen und warb dort mit Schulungs- und Informationskursen; so konnte sie die Mitgliederzahl innerhalb von 10 Jahren von 80 000 auf ca. 180 000 steigern — eine für französische Verhältnisse beachtliche Zahl; c) Schaffung eines leistungsfähigen Mitarbeiterstabes für den Generalsekretär, der anstelle der bisherigen autoritär geführten Verwaltung die U. D. R. durch Teamwork effektiver gestalten und vor allem die Beziehungen zu den außerparlamentarischen gaullistischen Gruppen pflegen sollte.

Dieser im November 1967 eingeleitete Wandel der U. D. R. wird vielleicht an einigen äußeren Zeichen besonders deutlich: dominierten auf den bisherigen Emblemen und Plakaten der Partei vor allem das Portrait de Gaulles und das Lothringer Kreuz, so sind diese Symbole bis auf die Trikolore völlig verschwunden. Seit diesem Parteitag „nahm die U. D. R. mehr und mehr die Charakteristika einer sogenannten modernen ‚Allerwelts-Partei‘ an. Für Parteien dieser Art besteht das vordringlichste Ziel in einer möglichst großen Wählerschaft und einem unmittelbaren Wahlerfolg“<sup>18)</sup>, unreißt Ehrmann treffend diese Entwicklung. Wie erfolgreich die Taktik der gaullistischen Parteiführung war, nach den durch die Person de Gaulles bedingten Anfangserfolgen der Partei neue Wählerschichten zuzuführen, die weniger dem General als seiner Bewegung ihre Stimme geben, verdeutlicht Tabelle 2: Mit jeder Wahl hat sich die Schere zwischen dem Gaullismus de Gaulles und dem seiner Partei immer mehr geschlossen. Die Wahlen im Juni 1968 waren ein eindeutiger Triumph des Premierminister und nicht des Staatspräsidenten, der Pompidou anschließend durch seinen farblosen Außenminister Couve de Murville ersetzte.

Pompidous Sieg verdeutlicht auch, warum de Gaulle knapp ein Jahr später seine Popularität und Autorität durch ein Referendum über

<sup>16)</sup> Jean Charbonnel (verantwortlich für die internen Parteiorganisationen), André Fanton (Öffentlichkeitsarbeit), Robert Poujade (Wahlen), Jean Taittinger (Finanzen), und René Tomasini (Organisationsfragen).

<sup>17)</sup> Das Zentralkomitee wird von dem alle zwei Jahre einberufenen Parteitag gewählt; es besteht aus 118 Mitgliedern (April 1968).

<sup>18)</sup> Ehrmann, a. a. O., S. 234.



die Regionalisierung unter Beweis stellen wollte. Aber die ewige Warnung vor einem drohenden Chaos bei seinem möglichen Rücktritt verfiel dieses Mal bei der Wählerschaft nicht mehr, da sich Pompidou als Ersatz für die Übernahme des Präsidentenamtes empfohlen hatte<sup>19)</sup>.

Somit beginnt die *dritte* Phase der U. D. R. mit dem Wechsel an der Spitze des Staates. Seit dem Rücktritt de Gaulles sah sich die Partei Schwierigkeiten gegenüber, die auch andere vergleichbaren Parteien bei einem Führungswechsel zu durchstehen haben; in diesem besonderen Fall lagen die Kontinuitäts-Schwierigkeiten aber vor allem in den historischen Ursprüngen der U. D. R. De Gaulle, der zwar ein Band gemeinsamer Loyalität für seine ziemlich unterschiedliche Gefolgschaft geschaffen hatte, besaß jedoch nie (hatte es auch immer strikt abgelehnt) eine so dominierende Position in der Partei wie z. B. Adenauer bei der CDU oder Disraeli bei den britischen Konservativen. Folglich können Führungswechsel oder wie in diesem Fall Führungskrisen in den sogenannten „Allerweltparteien“ zu zwei Erscheinungsformen führen: Entweder brechen sie auseinander und ihre diversen Flügel bilden notfalls noch eine lockere Fraktionsgemeinschaft, oder es gelingt der Führungsgruppe, die Partei trotz der vorhandenen Schwierigkeiten zusammenzuhalten und ihr somit die dominierende Funktion innerhalb der Regierungskoalition zu bewahren. Es ist Ehrmann zuzustimmen, wenn er diese Entwicklung mit der bei den italienischen Christdemokraten und teilweise mit der bei den amerikanischen Parteien vergleicht. „In der Vergangenheit hatten die französischen Konservativen nie eine solche Wahl, da sie nie über die (zur Regierungsbildung notwendige) Mehrheit verfügten und deshalb wenig Grund sahen, die Überzeugung (oder die Karriere) des einzelnen Politikers auf dem Altar der Parteidisziplin zu opfern.“<sup>20)</sup>

<sup>19)</sup> Vgl. Le Monde vom 20. 1. 1969; Pompidou hatte in einer Rede anlässlich eines Privatbesuches in Rom erklärt, daß er jederzeit für die Übernahme des höchsten Amtes im Staat bereitstehe, sollte de Gaulle sich zurückziehen. Darauf erwiderte der General vor seinem Kabinett am 22. 1.: „J'ai le devoir et l'intention de remplir ce mandat jusqu'à son terme.“

<sup>20)</sup> Ehrmann, a. a. O., S. 236.

Aus den genannten Gründen hielten sich die von etlichen Beobachtern erwarteten (und erhofften) Differenzen zwischen de Gaulles Epigonen in Grenzen, ohne jedoch von Staatspräsident Pompidou unterschätzt zu werden. Zwei Flügel formierten sich innerhalb der U. D. R. und beriefen sich mit ihren Aktionen immer wieder auf die Lehren des nach Colombey-les-deux-Eglises retirierten Generals: Die „Getreuesten der Getreuen“ sammelten sich um den Abgeordneten (und jetzigen Postminister) Hubert Germain und gründeten die „Action et Présence du Gaullisme“, eine Vereinigung, die die wahren Ideale und die unverfälschte Politik des Generals (was immer sie auch darunter verstehen mögen) gegenüber den neuen, liberalen Männern um Jacques Chaban-Delmas gewahrt wissen wollte. Diese orthodoxe Gruppe konnte de Gaulles Niederlage im April 1969 nicht verwinden und machte Pompidou den Vorwurf, mit seiner Rede in Rom den Staatspräsidenten verraten zu haben. Einer ihrer Wortführer, der jetzige Armeeminister und erste Premier der V. Republik, Michel Debré, wandte sich mehrfach gegen die von Pompidou und Chaban-Delmas seit Juni 1969 eingeleitete Öffnung zu den Zentristen hin und warnte vor allem gegen eine den Vorstellungen de Gaulles zuwiderlaufende Integration Europas.

Gelang es Staatspräsident Pompidou und seinem äußerst fähigen Premier zunächst, solche Aktionen unbeachtet zu lassen und die längst überfälligen Operationen am de Gaulleschen Erbe (Franc-Abwertung, Erweiterung der EWG) vorzunehmen, mußte der Nachfolger kurz vor der kommenden Wahl dem Druck der Orthodoxen nachgeben und seinen liberalen, mehr an Kooperation mit Unternehmern und Gewerkschaften als an einem intensiven Kontakt mit den Parlamentariern interessierten Chaban-Delmas fallenlassen, um ihn durch den farblosen, aber streng orthodoxen Gralshüter des Gaullismus, Pierre Messmer, zu ersetzen. Wandte sich auch die Fronde innerhalb der gaullistischen Partei zunächst weniger gegen den Premier, der noch kurz vor seiner Entlassung einen Mißtrauensantrag der Opposition glänzend pariert hatte, so richtete sich das Mißtrauen der gaullistischen Parlamentsfraktion vor allem gegen den Mitarbeiterstab Chabans, der zum größten Teil aus Männern ohne gaullistische Tradition be-



stand <sup>21)</sup>. Als dann im April 1972 das Referendum über die Erweiterung der EWG nur eine Wahlbeteiligung von 60,4% zeigte und die Gefahr der Abwanderung der bisherigen gaullistischen Wähler nicht ausgeschlossen werden konnte, entschloß sich Pompidou zu dem genannten Kabinettsrevirement, um vor allem die konservativen orthodoxen Kräfte des Gaullismus wieder stärker an sich zu binden.

Aber nicht nur dieser Flügel gewann an Einfluß, sondern auch die „Linksgaullisten“, die 1962 mit ihrer selbständigen Fraktion, der Union Démocratique du Travail, in der U. D. R. aufgingen und anschließend zur Bedeutungslosigkeit herabsanken. Besonders in diesem Flügel befanden sich die wenigen gaullistischen Nonkonformisten; zwar sind die meisten von ihnen entweder verstorben wie René Capitant oder sitzen wie der Vater der „Participation“ (s. u.), Louis Vallon, als Unabhängige in der Nationalversammlung; ihr brilliantester Sprecher jedoch, der frühere Erziehungsminister Edgar Faure (ihm gelang die Hochschulreform), wurde mit dem Arbeits- und Sozialministerium betraut, um mit Hilfe eines soeben entworfenen neuen „Contract Social“ die bisher gaullistisch wählenden Arbeiterschichten auch weiterhin an die U. D. R. zu binden — eine auch für Faure fast unmögliche Aufgabe, da der größte Teil dieser Wähler 1968 nur durch den Aufstand der Studenten in die Arme der Gaullisten getrieben wurde. Ob sich also das Gewicht dieses Flügels der Gaullisten erhöhen wird, hängt weitgehend vom Ausgang der Parlamentswahlen ab. Ende Juli 1971 beschloß Faure, mit den drei wichtigsten linksgaullistischen Gruppierungen den linken Flügel innerhalb der Majorité zu stärken; er schuf sich damit eine neue populäre Hausmacht, die auch für Gruppen außerhalb der jetzigen Regierungskoalition attraktiv erscheint.

---

<sup>21)</sup> Dies äußerte sich besonders in der am 12. 7. 1971 veröffentlichten Erklärung von fünf der insgesamt sechs Parlamentsausschußvorsitzenden (alle Gaullisten), die in ihrer Substanz eine einzige Anklage gegen die Regierung und vor allem gegen Chaban-Delmas war; besonders wurde beklagt, daß das Parlament über wichtige Absprachen der Sozialpartner, die in einer Art „konzertierter Aktion“ unter dem Vorsitz Chabans mehrere Male getagt hatten, nur unzureichend informiert würde.

Insgesamt ist es Pompidou seit der Übernahme der Präsidentschaft trotz dieser verschärften Flügelbildungen gelungen, die Partei an sich zu binden und zusammenzuhalten, da sich außer ihm keine Führungs-Alternative anbietet und sich fast alle, die sich als Gaullisten bezeichnen, wohl oder übel hinter ihn gestellt haben. Seine seit Juni 1969 eingeleitete Öffnung zur Mitte wird zwar von den „Jakobinern“ unter Michel Debré nicht gutgeheißen, aber auf Grund der sich immer stärker festigenden Opposition als notwendiges Übel betrachtet. Auch eine mangelhafte Präsenz gaullistischer Kader in den Stadt- und Regionalversammlungen <sup>22)</sup>, die das bisher ausschließliche Interesse der Partei an den überregionalen Institutionen demonstriert, zwingt die gaullistische Bewegung, sich verstärkt um den jetzigen Staatspräsidenten zu scharen. Die taktischen Umgruppierungen innerhalb der Regierung und der dreimalige Wechsel des Generalsekretärs der U. D. R. innerhalb von 18 Monaten <sup>23)</sup> verdeutlicht eine wohl hauptsächlich durch die bevorstehende Wahl bedingte Rückbesinnung der gaullistischen Führungsspitze auf die traditionellen gaullistischen Ideale; dies brachte Pompidou bei der Einweihung des monumentalen de Gaulle-Denkmal in Colombey-les-deux-Eglises deutlich zum Ausdruck.

Es mehren sich jedoch vor allem unter den jüngeren Abgeordneten, die auf Grund ihres Alters keinerlei Beziehungen zum Mythos des traditionellen Gaullismus der Kriegs- und Nachkriegsepoche besitzen, die Forderungen, den Kult um den in letzter Zeit besonders von Debré und Messmer beschworenen toten „Gott“ abzubauen und die im März stattfindenden ersten Wahlen seit seinem Tod zum Start eines Neo-Gaullismus zu benutzen. Alain Peyrefittes Entscheidung, aus diesem Kreis junger Technokraten eine Art Brain-

---

<sup>22)</sup> Die Gaullisten stellen nur 10% der Bürgermeister, während die Sozialisten immerhin 17% stellen. Nur 25 von 160 Städten mit über 30 000 Einwohner werden von einer UDR-Majorität regiert; vgl. Ehrmann, a. a. O., S. 238.

<sup>23)</sup> Nach dem jungen, dynamischen Robert Poujade, der zum Umweltminister avancierte, wählte das Zentralkomitee René Tomasini, einen orthodoxen Gaullisten, zum Generalsekretär, der im Sommer 1972 nach einigen Skandalen durch Alain Peyrefitte ersetzt wurde.



Trust um sich zu versammeln<sup>24)</sup>, der sich vor allem mit einer Zukunftsperspektive der Bewegung beschäftigten soll, geht eindeutig auf eine Direktive des Staatspräsidenten zurück, der sich durch die sich immer mehr abzeichnende Konfrontation eines Mitte-Rechts-Blocks und eines Linksblocks nicht länger auf die in der Verfassung verankerte Position „eines Schiedsrichters über den Parteien“ beschränken kann, sondern schon bald anstelle seiner inoffiziellen und nur indirekt wahrgenommenen Funktion eines Parteivorsitzenden die Rolle eines effektiven Führers der Mehrheitspartei übernehmen wird und muß.

### b) Die Unabhängigen Republikaner

Bezeichnet Jean Charlot die U. D. R. als die „Mehrheit innerhalb der Majorité“<sup>25a)</sup>, so sind die *Républicains Indépendants* (R. I.) unter ihrem Parteivorsitzenden Valéry Giscard d'Estaing als „Minderheit innerhalb der Majorité“ zu verstehen, was sie seit 1966 besonders durch ihre Taktik des „oui, mais“ zum Ausdruck bringen.

Gegründet wurde diese Partei 1962, als sich 30 unabhängige Abgeordnete, die bis dahin jeweils mit den Gaullisten gestimmt hatten, von ihrer Fraktion *Centre National des Indépendants* (C. N. I. P.) lossagten und eine eigene Partei schufen. Versuche einflußreicher Gaullisten, diese Gruppe in die U. D. R. zu integrieren, wurden von dem brillanten jungen Führer dieser mit 33 Abgeordneten aus den Wahlen von 1962 hervorgehenden Partei abgewehrt. Ihre Unabhängigkeit innerhalb der Majorité setzten die Unabhängigen Republikaner vor allem bei der Kandidatennominierung bei den vergangenen Wahlen und auch bei der kommenden durch: Pompidous 1967 und 1968 erhobene Forderung nach einem Einheitskandidaten der Majorité wurde erst nach zähen, für die R. I. erfolgreichen Verhandlungen über die Abtretung sicherer Wahlkreise<sup>25)</sup> zugestanden. Auch bei den soeben abgeschlossenen Gesprächen über eine gemeinsame Kandidatenliste konnten sich die Gaullisten nicht völlig durchsetzen und mußten den R. I. in

67 Fällen eine „Mehrfach-Investitur“ (d. h. im ersten Wahlgang stoßen ein Gaullist und ein R. I. aufeinander) zugestehen.

Dem Parteivorsitzenden Giscard d'Estaing, schon von 1963 bis 1966 Minister in der Rue de Rivoli und seit 1969 zum zweiten Mal Wirtschafts- und Finanzminister, gelang es, innerhalb weniger Jahre die Partei praktisch aus dem Nichts aufzubauen. Durch sein Koalitionsbündnis mit den Gaullisten, das trotz des viel zitierten „oui, mais“ nie ernsthaft erschüttert wurde, steigerte sich die Zahl der R. I.-Abgeordneten kontinuierlich von 33 (1962) auf 62 (1968). Ist die U. D. R. eine reine Massenpartei, so verstehen sich die R. I. als Honoratiorenpartei, die sich ausschließlich auf örtliche Notabeln stützt. Hier sehen sie ihre größte Chance durch den ständigen Ausbau ihrer „Klubs“ in den diversen Departements, Bürgermeister und unabhängige Departementsräte für sich zu gewinnen, um im lokalen politischen Leben der für sie interessanten Wahlkreise Fuß zu fassen. Die Strategie, mit der Generalsekretär Michel Poniatowski die *Républicains Indépendants* organisiert hat, zeigt deutlich das Bestreben, eine moderne Partei zu schaffen, die sich vor allem auf eine solide lokale Basis stützen kann — ein Faktor, der den Gaullisten fehlt.

Ihr politisches Programm ist „liberaler, offener und europäischer“ als das gaullistische: Innenpolitisch verlangen sie einen verstärkten „Dialog“ zwischen Exekutive und Legislative, außenpolitisch wird ihre Forderung nach einem auch politisch geeinten Europa immer lauter; wirtschaftspolitisch verfechten sie einen klassischen Liberalismus, der die staatlichen Interventionen auf ein Minimum beschränkt. Da es diesem Programm aber vor allem an Präzision fehlt, kann man sich nur schwer vorstellen, wie die R. I. mit ihm zur Mehrheit innerhalb der Majorité gelangen wollen — ein Wunschdenken, das sie bisher noch nicht aufgegeben haben. Bisher jedenfalls wurden die politischen Grundsatzentscheidungen innerhalb der Regierungskoalition eindeutig von Georges Pompidou und seiner gaullistischen Fraktion bestimmt. Dies wird auch von den R. I. nicht bestritten, und es scheint ihnen momentan zu genügen, mit einem bewußt unpräzise gehaltenen Programm-vokabular einige essentielle Elemente der klassischen Mitte-Rechts-Parteien aufzuzei-

<sup>24)</sup> Vgl. *Le Monde* vom 31. 10. 1972, S. 12.

<sup>25)</sup> Vgl. Kempf, *Mechanismen ...*, S. 368, Fußnote 11.

<sup>25a)</sup> Charlot, *Le Phénomène ...*, S. 112.



gen, um sich für eine größere Koalition als die bestehende in der „Reserve zu halten“. Hätten sich die Anhänger Giscard d'Estaings im Juni 1969 bei der Neuwahl des Staatspräsidenten der Stimme enthalten (was ihnen zwei Monate vorher Giscard bei dem Referendum über die Regionalisierung empfohlen hatte), so wäre es um Pompidous Wahl nicht gut bestellt gewesen, denn ihre Stimmen brachten ihm die notwendige Mehrheit.

Seit jenen Tagen gehören die R. I. unverbrüchlich zu Pompidous Koalition. Trotzdem hat Giscard d'Estaing sein ehrgeiziges Ziel nicht aufgegeben, eines Tages für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren<sup>26)</sup> — ein Plan, den er schon für 1972 ins Auge gefaßt hatte, wäre es nicht durch de Gaulles Rücktritt zu vorgezogenen Wahlen gekommen. Giscard d'Estaings heutige Strategie wurde einige Monate vor der Wahl zur Nationalversammlung in einer programmatischen Rede<sup>27)</sup> vor dem 7. Kongreß der „Clubs Perspectives et Réalités“ seiner Partei, deutlich: Einerseits betonte er ausdrücklich die Treue seiner Parteifreunde gegenüber Staatspräsident Pompidou, andererseits forderte er unverblümt eine stärkere Öffnung der jetzigen Koalition nach den Wahlen: „Natürlich ist das jetzige Regierungsbündnis keinesfalls als geschlossen anzusehen. Wenn andere Kräfte und Politiker gewillt sind, eindeutig die Vereinbarungen, die das Bindemittel für die heutige Koalition bilden, zu teilen, finden sie ohne Feindschaft und Probleme ihren Platz in einer erweiterten Mannschaft.“ Somit betrachtet er es als Hauptaufgabe der R. I., in den nächsten Monaten „die Politik der (aktuellen) Mehrheit mehr zur Mitte hin (vers le centre) zu ziehen.“

Sollten die Gaullisten im März empfindliche Verluste — was wahrscheinlich ist — erleiden und die absolute Mehrheit einbüßen, kann der Staatspräsident ohne Hilfe der R. I. keine neue gaullistisch orientierte Regierung bilden. In einem solchen Fall böte sich Giscard d'Estaing als Premierminister einer erweiterten Koalition an, die um die bisher op-

positionellen Zentristen verstärkt werden könnte. Als Kompromißkandidat ist er für alle Tendenzen des jetzigen Regierungslagers, aber auch für die antigauillistischen „Bourgeois“ akzeptabel.

### c) Das Centre Démocratie et Progrès

Der kleinste Partner innerhalb der Koalition stieß erst nach den Präsidentschaftswahlen im Juni 1969 zum Regierungslager. Seit den letzten Parlamentswahlen senden die bis Juli 1969 zur Fraktionsgemeinschaft „Progrès et Démocratie Moderne“ (P. D. M.) zusammengeschlossenen Überreste der einst größten bürgerlichen Parteien in der IV. Republik, Mouvement Républicain Populaire (M. R. P.) und C. N. I. P., deren Wählerschaft fast ausschließlich zu den Gaullisten und R. I. übergewechselt ist, 33 Abgeordnete ins Palais Bourbon, unter ihnen einige konservative und liberale Abgeordnete, die als „Unabhängige“ ihre Wahlkreise erobert hatten.

Zwei der bekanntesten Mitglieder des P. D. M., die Senatoren Jean Lecanuet und Alain Poher, versuchten 1965 und 1969 vergeblich, durch Kandidatur für das höchste Amt im Staat dem Zentrum seine frühere Bedeutung zurückzugewinnen. Ihre Niederlagen beschleunigten jedoch nur die Desintegration dieser Partei, sofern man hier überhaupt von „Partei“<sup>28)</sup> sprechen kann, da die Gruppe ihre Mitglieder weder an ein bestimmtes Programm bindet noch Fraktionsdisziplin bei Abstimmungen verlangt. In der Regel votierten die Zentrums-Abgeordneten gegen die Politik de Gaulles, dessen autokratischer Regierungsstil diesen Honoratioren im Sinne klassisch-liberalen Parlamentsverständnisses zuwider war. Erst sein Rücktritt ließ sie ihre Rolle neu überdenken und führte bei der Neuwahl des Präsidenten zu einer Teilung des P. D. M.: die eine Gruppe um Lecanuet verharrte in Opposition und unterstützte ihren Parteifreund und Senatspräsidenten Alain Poher, die andere um den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Jacques Duhamel, forderte ihre Wähler auf, für Pompidou zu stimmen.

<sup>26)</sup> Der Staatspräsident wird für sieben Jahre direkt vom Volk gewählt. Erhält kein Kandidat im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit, findet 14 Tage später eine Stichwahl zwischen den beiden Bestplatziertesten statt.

<sup>27)</sup> Vgl. Le Monde vom 5. 12. 1972, S. 6.

<sup>28)</sup> Zum Begriff „Partei“ vgl. Maurice Duverger, Die politischen Parteien, Tübingen 1959, S. 63 ff.



Als nach der Wahl Chaban-Delmas sein Kabinett bildete, traten auf Grund der durch die Präsidentschaftswahl bedingten „Öffnung“ drei führende Politiker des P. D. M. in die neue Regierung und übernahmen das Justiz- (Pleven), das Arbeits- (Fontanet, jetzt Erziehung) und das Landwirtschaftsministerium (Duhamel, jetzt kulturelle Angelegenheiten). Auch die meisten Abgeordneten des P. D. M. votierten fortan für die Regierung und bildeten am 4. Juli 1969 das „Centre Démocratie et Progrès“, das aber nach wie vor ausgezeichnete Kontakte zum oppositionellen Rest des P. D. M. pflegt.

Ihrem seit 1965 verfochtenen Ziel, gegen die Polarisierung im französischen Parteiensy-

stem zu kämpfen und eine „dritte Kraft“ zu schaffen, hat sich nach Eintritt in die Koalition die Mehrheit der Zentristen versagt; die gemeinsame Nominierung der Koalitionskandidaten für die kommende Wahl unterstreicht ihre intensive Verflechtung mit der U. D. R. und den R. I., von denen sie sich immer weniger unterscheiden. Ein baldiges Aufgehen in der U. D. R. dürfte wahrscheinlich sein, sofern die Gaullisten bei der bevorstehenden Abstimmung keine allzu empfindliche Niederlage erleiden. Nur im Senat und auf lokaler Ebene werden sich die Zentristen auch weiterhin behaupten, da die indirekten Wahlen zur zweiten Kammer Honoratioren aus ländlichen Gebieten überdurchschnittliche Chancen einräumen.

## Das Linksbündnis

### a) Die Parti-Socialiste

Das am 26. Juni 1972 veröffentlichte gemeinsame Programm der kommunistischen und der sozialistischen Partei kann als das in letzter Zeit bedeutendste Ereignis für den Konzentrationsprozeß innerhalb des Parteienwesens angesehen werden, da sich zum erstenmal seit Bildung der Volksfront unter Léon Blum im Jahre 1936 die beiden wichtigsten Linksparteien nach langjährigen Diskussionen auf eine gemeinsame Strategie nicht nur für den Prozeß der Wahlen durch Aufstellung gemeinsamer Kandidaten, sondern auch auf ein Regierungsprogramm geeinigt haben, das sie im Falle eines Wahlsieges realisieren wollen.

Für den Abschluß dieses Aktionsprogramms waren zwei Entwicklungsstufen von grundlegender Bedeutung: 1. die Kandidatur François Mitterands für das Präsidentenamt 1965 und 2. die Mai-Ereignisse von 1968 und ihre Ausstrahlungen auf die Gewerkschaften und deren Beziehungen zu den Linksparteien.

Hatten noch 1958 die Führer der 1905 gegründeten S. F. I. O. (Section Française de l'Internationale Ouvrière) de Gaulles Machtübernahme begrüßt und waren in sein Übergangskabinett eingetreten, so änderte sich die Haltung der Sozialisten seit dem Referendum über die Einführung der Volkswahl für den

Staatspräsidenten grundlegend. Denn die Billigung dieses Referendums von 1962 verdeutlichte nun allen Parteiformationen, daß die V. Republik nicht bloß Übergangscharakter besaß und man nach Beendigung des Algerienkrieges wieder zu den traditionellen Formen eines repräsentativen Systems zurückkehren würde. Vor allem die sozialistische Parteiführung erkannte, daß die nunmehrige Wahl des Präsidenten durch das Volk eine Neugruppierung innerhalb des Vielparteiensystems erforderte, wollte man dem gaullistisch-bürgerlichen Block eine effiziente Alternative gegenüberstellen.

Die drei Jahre später stattfindenden ersten Präsidentschaftswahlen<sup>29)</sup> boten eine Chance, die gesamte nicht-kommunistische Linke zu einer straff organisierten Föderation unter dem Sozialistischen Bürgermeister von Marseille, Gaston Defferre, zusammenzufassen. Dieser Versuch schlug jedoch fehl, da sich insbesondere die Radikalsozialistische Parteioligarchie dem geplanten gemeinsamen „Föderationspräsidium“ widersetzte.

Wenige Monate vor der Wahl gelang es aber dem Führer einiger sozialistischer Klubs, François Mitterand, die Linksparteien zu ei-

<sup>29)</sup> de Gaulle war 1958 von ca. 80 000 Notabeln der Regional- und Lokalparlamente gewählt worden.



nem recht lockeren Wahlbündnis zu bewegen, ohne gleichzeitig eine Fusion aller nicht-kommunistischen Gruppierungen zu fordern. Sein Vorschlag wurde um so bereitwilliger akzeptiert, da Mitterand über keinerlei eigene „Hausmacht“ verfügte und somit die alten Parteiführer nicht aus ihren Ämtern verdrängen konnte; außerdem überzeugte er die kommunistische Parteiführung von der Notwendigkeit eines einheitlichen Kandidaten der gesamten Linken, ohne daß gleichzeitig Absprachen über sein politisches Programm nach einem eventuellen Sieg getroffen wurden.

So stand General de Gaulle eine geschlossene Front der Linksparteien gegenüber, die ihn zu einem seinem Prestige abträglichen zweiten Wahlgang nötigte, da ein Teil der bürgerlichen Wähler im ersten Wahlakt den Zentrums-kandidaten Jean Lecanuet unterstützte (vgl. Tab. 3).

Nach seinem Erfolg gegen den alten und neuen Staatspräsidenten gelang es Mitterand, die Links-Koalition zu einer arbeitsfähigen Fédération de la Gauche Démocrate et Socialiste (F. G. D. S.) auszubauen, der sich neben der S. F. I. O. die Radikalsozialisten und etliche sozialistische Klubs anschlossen. Diese neue sozialistische Formation konnte sich (und kann es auch heute noch, vgl. Tab. 1) auf 18 bis 22 Prozent der Wählerschaft stützen; ihre Wähler kommen hauptsächlich aus der Beamtenschaft (vor allem Lehrer), dem kleineren Mittelstand, aus Teilen der Arbeiterschaft und Landwirtschaft.

Vordergründiges Ziel der F. G. D. S. war eine intensive Vorbereitung der im März 1967 stattfindenden Parlamentswahlen, um mit Hilfe des Erfolges bei der Präsidentschaftswahl die Zahl der sozialistischen Abgeordneten beträchtlich zu erhöhen. Da das französische Mehrheitswahlsystem mit seinen zwei Wahlgängen bisher ausschließlich den Gaullisten und ihren bürgerlichen Koalitionspartnern zugute gekommen war und auf Grund von einigen Absprachen im zweiten Wahlgang ein Stimmensplitting des bürgerlichen Blocks vermieden wurde, mußte die Linke eine ähnliche Strategie ausarbeiten: Kommunisten und F. G. D. S. schlossen — ebenso wie ein Jahr später — ein Aktionsbündnis, in dem sie sich verpflichteten, ihre Wähler aufzufordern, im

zweiten Wahlgang jeweils nur für den best-placiertesten Linkskandidaten zu stimmen, wodurch die Mandatszahl der kommunistischen und sozialistischen Abgeordneten sprunghaft anstieg.

Dieser Erfolg führte bei den noch eigenständigen Formationen der Förderung zu dem Wunsch, die selbständigen Parteien der Sozialisten und Radikalsozialisten zu einer einzigen sozialistischen Parteiorganisation zu verschmelzen. Eine solche Neugruppierung der nicht-kommunistischen Linken hätte die Attraktivität der F. G. D. S. für neue, vor allem jugendliche Wählerschichten erhöht und deren Ablehnung den bisherigen Parteien gegenüber vermindert.

Mitterands Versuch wurde jedoch durch die Mai-Ereignisse und die anschließenden Wahlen zunichte gemacht, und die F. G. D. S. zerbrach an ihren inneren Rivalitäten; daraufhin legte Mitterand den Vorsitz nieder und zog sich völlig aus der Parteiarbeit zurück. De Gaulles Rücktritt und die folgenden Neuwahlen verdeutlichten das Dilemma, in dem sich die gesamte Linke befand: nicht weniger als vier Kandidaten wurden nominiert. Die sozialistischen Wähler gaben ihrem Kandidaten Gaston Defferre nur 5% Stimmen; zwei Drittel von ihnen mußten also für den Kommunisten Duclos und den liberalen Alain Poher gestimmt haben.

Defferres eindeutige Niederlage machte der Parteiführung deutlich, daß ohne die Kommunisten keine echte Alternative zu den Gaullisten denkbar ist. Daraufhin setzte eine deutliche Umorientierung innerhalb der sozialistischen Partei ein. Auf dem Parteikongreß im Juli 1969 gewann der linke Parteiflügel um Alain Savary die Mehrheit; gleichzeitig trat der langjährige Parteivorsitzende Guy Mollet zurück und empfahl Savary als seinen Nachfolger. Als Konsequenz aus den Mai-Unruhen und auf Druck der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder des Parteivorstandes sprach sich der Kongreß gegen jede weitere Allianz mit bürgerlichen Parteien aus und befürwortete die Aufnahme von umfassenden Verhandlungen mit der kommunistischen Partei. Diese Vorgespräche begannen noch im selben Jahr und sollten zu einem politischen Übereinkommen für die „Errichtung eines neuen Regimes der wirtschaftlichen und so-



zialen Demokratie und den Übergang zum Sozialismus" führen.

Innerhalb der in „Parti Socialiste“ umgenannten Partei ging der Konsolidierungsprozeß weiter: auf dem Parteikongreß in Epinay-sur-Seine (Juni 1971) gelang es François Mitterand, neuer Parteivorsitzender zu werden. Damit waren die Weichen für eine weitere Zusammenarbeit mit der P.C.F. gestellt, denn Mitterand hatte auf dem Parteitag unmißverständlich erklärt, daß er für die kommenden Wahlen nicht nur eine lose Wahlabsprache mit den Kommunisten anstrebe, sondern ein im Falle eines Wahlsieges beide Parteien bindendes Abkommen, in dem die Ziele der Koalitionspartner eindeutig definiert werden.

Mitterand, der keinesfalls auf die noch fortbestehenden Verbindungen zu den linken Radikalsozialisten und den republikanischen Clubs verzichten wollte, war es deshalb völlig klar, daß ein gemeinsames Regierungsprogramm, so wie es die P. C. F. im Oktober 1971 veröffentlichte, die Wahlchancen eines Linksblocks zunichte machen müßte, da ohne Stimmenzufluß aus der linksliberalen Wählerschicht die neue Volksfront auf keine Mehrheit hoffen konnte. Deshalb wurde zunächst ein neues Programm für die Parti Socialiste erarbeitet, das zwar zahlreiche Parallelen zum kommunistischen Papier enthielt, in wichtigen ökonomischen, politischen und verfassungsrechtlichen Grundsatzfragen aber die unterschiedlichen Auffassungen markierte. Trotzdem akzeptierte die P. C. F. dieses Programm als Grundlage für den auszuarbeitenden gemeinsamen Aktionsentwurf<sup>30)</sup>, der im Juni 1972 veröffentlicht und von beiden Parteien akzeptiert wurde.

François Mitterand kann dieses Manifest als klaren Sieg seiner Verhandlungsführung und der mittlerweile stark konsolidierten Partei ansehen, da sich die P. C. F. zu erstaunlichen Konzessionen (siehe unten) bereithalten mußte. Vor allem aber stellte die gewandelte sozialistische Partei ihre Anziehungskraft als Kern eines neugebildeten Blocks gegenüber den Gaullisten unter Beweis, dessen Attrakti-

vität nicht nur für die extreme, sondern auch für die gemäßigte Linke interessant erscheint, wie der Beitritt der linken Radikalsozialisten unter Robert Fabre (siehe unten) demonstriert.

## b) Die Parti Communiste Français

Als „kommunistisches Dilemma deutet Joseph Rovin<sup>31)</sup> die Situation, in der sich die kommunistische Partei Frankreichs seit Beginn der V. Republik befindet. In der Tat ist es für viele Betrachter erstaunlich, welche Zugeständnisse die P. C. F. ihren sozialistischen Verhandlungspartnern machte. Dies trifft weniger für die — oft vage formulierten — Ziele auf wirtschaftlichem oder sicherheitspolitischem Gebiet zu als vielmehr auf die Verpflichtung einer gemeinsamen Regierung unter einem sozialistischen Premierminister und auf die Stellung der politischen Parteien. Zum erstenmal bekennt sich eine westeuropäische kommunistische Partei zur Parteienpluralität, die „als eine wesentliche Voraussetzung für die freie Ausübung des Wahlrechts“ angesehen wird, und gleichzeitig auch zum „Recht der Opposition, eine neue Mehrheit (in der Nationalversammlung) für sich zu gewinnen“.<sup>32)</sup> Dies impliziert, daß „die Mehrheits- wie die Oppositionsparteien die durch die allgemeinen Wahlen (nach der *Verhältnisswahl!*) gefällte Entscheidung anerkennen müssen“. In einem solchen Fall würde also die Volksfront-Regierung zurücktreten und „ihren Kampf in der Opposition fortführen“ — ein für das kommunistische Demokratieverständnis revolutionierendes Zugeständnis, hinter dem die übrigen in Aussicht gefaßten Reformen der Verfassung weit zurücktreten und von untergeordneter Bedeutung sind, wenn man den nicht leichten Weg einer Verfassungsrevision bedenkt<sup>33)</sup>.

<sup>31)</sup> Vgl. Joseph Rovin, Frankreich im Nachgaullismus, in: Frankfurter Hefte XXVI/11, 1971, S. 845 ff.

<sup>32)</sup> Goldschmidt, a. a. O., S. 50/51.

<sup>33)</sup> Vgl. Artikel 89 der Verfassung, nach dem eine Verfassungsänderung zunächst von beiden Häusern des Parlaments gebilligt werden muß und anschließend einem Volksentscheid unterbreitet wird. — Folgende Programmpunkte sind noch zu erwähnen: Einrichtung eines Verfassungsgerichts, Beschneidung der Kompetenzen des Staatspräsidenten, stärkere Machtkompetenzen für das Parlament, Einführung der Verhältniswahl.

<sup>30)</sup> Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, hrsg. von Werner Goldschmidt, Köln 1972, in: Hefte zu politischen Gegenwartsfragen, H. 4.



Zu dieser Kompromißbereitschaft und Zusammenarbeit mit der sozialistischen Partei wurde die P. C. F. hauptsächlich durch die Mai-Ereignisse und deren Folgen bezwungen, da einige Gruppen und Grüppchen der extremen Linken („les Gauchistes“) seit jenen Wochen das kapitalistische System der V. Republik im Namen eines Marxismus bekämpfen, den die P. C. F. bis zu den Mai-Tagen ausschließlich für sich beanspruchen konnte, so daß die Gefahr, links überholt zu werden, sich für die Funktionäre bis dahin nicht stellte. Durch ihre hervorragenden Leistungen während der deutschen Besetzung, ihre konstruktive Mitarbeit in den ersten Nachkriegskabinetten und ihr systemkonformes Verhalten während der Staatskrise im Frühjahr 1958 hatte sich die kommunistische Partei zu einem Element der „Ordnung“ entwickelt, das sich auf große Teile der Arbeiterschaft, der kleinen Bauern, der Intelligenz und auch des unteren Mittelstandes stützen und in allen Wahlen seit Kriegsende durchschnittlich 20 % bis 25 % der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnte; dabei haben ihr die ausschließliche Ausrichtung nach Moskau und das Schweigen zu den Vorgängen in Budapest und Prag kaum geschadet. Ihre Stellung im politischen Leben der verschiedenen französischen Republiken (gegründet wurde die P. C. F. 1921) ist nicht zuletzt auch durch ihre außergewöhnlich gute Arbeit und Kooperation mit anderen Parteien in vielen Mittel- und Großstädten auf administrativem Gebiet bedingt.

Seit der Herrschaft der Gaullisten hat sich zwischen der P. C. F. und den Anhängern des Generals ein merkwürdiges Verhältnis entwickelt, das im Juni 1969 schließlich die Wahl Georges Pompidous zum Staatspräsidenten ermöglichte. Hätte die P. C. F. ihre Anhänger aufgefordert, Alain Poher zu wählen und sich nicht der Stimme zu enthalten (vgl. Tab. 3), so wäre Pompidous Wahl äußerst ungewiß gewesen. Diese stillschweigende Übereinkunft zwischen den beiden Parteien ist in der Hauptsache durch die gaullistische Außenpolitik mit ihrer Distanz zur NATO und den USA bei gleichzeitiger Öffnung nach Osten bedingt. Somit sind die Gaullisten für die P. C. F. „das kleinere Übel“, da sich bisher als Alternative nur ein anderer konservativer Block mit atlantischer Ausrichtung anbot. Gleichzeitig war es für die Gaullisten wichtig,

dem Wähler die Kommunisten quasi als einzig nennenswerte Oppositionspartei darzustellen, die niemals an die Macht gelangen dürfe, wenn Frankreich nicht „im Chaos versinken solle“. Die U. D. R. erhoffte sich von dieser Strategie ein Aufsaugen aller nicht-kommunistisch Wählenden, während sie andererseits für das Wählerpotential der P. C. F. keine unmittelbare Gefahr bedeutete.

Besonders die Ereignisse im Mai/Juni 1968 zeigen, wie sehr sich die P. C. F. zu einer systemerhaltenden Partei entwickelt hat, als sie stärksten Druck auf ihre gewerkschaftlich organisierten Mitglieder ausübte, den wochenlang andauernden Streik zu beenden und damit auch die Gefahr zu bannen, von der äußersten Linken innerhalb der Gewerkschaften überspielt zu werden. Andererseits steht dieser Entwicklung ihre innere autoritäre Struktur entgegen, die sich seit dem Tod des langjährigen Parteivorsitzenden Maurice Thorez auch unter seinen Nachfolgern Waldeck-Rochet und Georges Marchais nicht geändert hat. Bedauerlichstes Beispiel dieses demokratischen Zentralismus ist der Ausschluß Roger Garaudys<sup>34</sup>); erst in jüngster Zeit lassen sich bescheidene Anzeichen für eine interne Liberalisierung erkennen, die nicht zuletzt durch den Annäherungsprozeß an die nicht-kommunistische Linke begünstigt wurden.

Die mittlerweile eingenommene Strategie der Kommunisten wird durch die Bildung extremistischer Linksgruppen zunehmend gefährdet, da sie sich gegen den Vorwurf wehren müssen, nach rechts abgedrängt zu werden; außerdem besteht die Gefahr, daß sie ihren Einfluß in den Gewerkschaften einbüßen. Die Gauchisten werfen der P. C. F. wegen ihres Verhaltens gegenüber dem kapitalistischen System vor allem Revisionismus und Verrat an der Arbeiterklasse vor — Argumente, die besonders bei den jugendlichen Arbeitern auf fruchtbaren Boden fallen. Die P. C. F. muß sich also „zur gleichen Zeit sozialdemokratisieren und radikalisieren, verhärten und liberalisieren. Sie muß politische Analysen erstellen, die die prozentuale Reduzierung des Anteils der Industriearbeiterschaft an der Gesamtbevölkerung ebenso einbezieht wie die

<sup>34</sup>) Chefideologe der Partei; vgl. sein Werk: *Toute la Vérité*, Paris 1970, und: *Le Grand Tournant du Socialisme*, Paris 1969.



politische Radikalisierung der Intellektuellen, Lehrer, Studenten und vor allem auch eines wachsenden Teils der abhängigen technischen Mittelstandes, der Kader, Techniker, Ingenieure, sowie der Bauernschaft" <sup>35)</sup>).

Trotz der an der Basis, und zwar hauptsächlich bei den jugendlichen Mitgliedern, unverkennbaren Radikalisierung, mußte die Parteiführung versuchen, in einer für sie äußerst problematischen ideologischen Schwenkung Kontakte zu den Sozialisten enger zu knüpfen, um somit die langandauernde Isolierung, die bei den Präsidentschaftswahlen 1965 nur teilweise abgebaut werden konnte, zu durchbrechen. Denn ohne den nun erfolgten Dialog mit den sozialistischen Partnern und die zumindest theoretische Verpflichtung auf ein Regierungsprogramm, das in erster Linie die Volkssouveränität zu respektieren garantiert, bietet sich für die P.C.F. (und wahrscheinlich auch für die Sozialisten) in absehbarer Zeit keine Chance, die Regierungsgewalt zu übernehmen. Wie ernst es in Wirklichkeit den Kommunisten ist, mit der nichtkommunistischen Linken zu kooperieren, oder ob nur die Absicht besteht, gemäß Lenins Taktik <sup>36)</sup> diese Linke sich unterzuordnen, vermag niemand zu sagen. Die Volksfront unter Léon Blum (1936) und die ersten Nachkriegskabinette haben eine loyale Mitarbeit der kommunistischen Abgeordneten zumindest für kurze Zeit unter Beweis gestellt. Jedoch lassen sich diese Perioden sozialer und politischer Desorganisation mit der heutigen nicht vergleichen. Ihre Rolle als „Parti de l'Ordre“, die in den letzten Jahren immer deutlicher erkennbar wurde, wird die P. C. F. auch in der kommenden Legislaturperiode beibehalten wollen, um ihre Anziehungskraft auf weitere Wählerschichten auszuweiten. Die nun getroffene Entscheidung ist sowohl durch ihre innere Evolution als auch durch die Veränderung der internationalen Lage zu verstehen, die eine weitere „Duldung“ des gaullistischen Regimes im Interesse Moskaus allmählich überflüssig erscheinen läßt. Andererseits ist die P. C. F. innerhalb der „Union de la Gauche“ schon auf Grund ihres Mitglieder- (ca. 300 000) und Wählerpotentials der dominierende Faktor, der sich in syste-

müberwindenden Fragen nicht ausschließlich der Politik des möglichen Premierministers Mitterand unterordnen wird.

Georges Marchais umriß auf einer gemeinsamen Wahlveranstaltung der drei Linksparteien die Haltung seiner Partei gegenüber der neuen Entente unmißverständlich: „Für uns bedeutet die Union (der Linken) — mit Rücksicht auf die Partner — Kooperation, um eine Politik zu ermöglichen, die den Interessen der Arbeiter entspricht. Die Union bedeutet keine Fusion zu einer einzigen Partei. Denn Kommunisten, Sozialisten und Radikalsozialisten haben nicht dieselbe Auffassung von der Welt . . . und wir denken nicht daran, auf eine einzige unserer Überzeugungen zu verzichten.“ <sup>37)</sup>

### c) Die linken Splitterparteien: P.S.U. und Radicaux de Gauche

Die *Parti Socialiste Unifié* setzt seit ihrer Gründung anfang der sechziger Jahre die alte französische Tradition fort, eine Splitterpartei zwischen Kommunisten und Sozialisten zu bilden, die beiden gegenüber sehr kritisch eingestellt ist und sich bedeutend militanter als diese in ihren Aktionen verhält; sie bildet quasi den Übergang von der außerparlamentarischen neuen radikalen Linken zu den traditionellen Linksparteien. Zu ihr bekennen sich etliche ehemalige Mitglieder kleinerer sozialistischer und marxistischer Gruppierungen — zeitweilig gehörte auch Pierre Mendès-France der P. S. U. an —, ein Großteil der Pariser Studenten und in letzter Zeit Gewerkschaftler der C. F. D. T. Während der Mai-Ereignisse ergriff sie als einzige Formation für die studentischen Aktionen Partei und verteidigte deren Ziele im folgenden Wahlkampf. Ihr Generalsekretär Michel Rocard, als „Inspecteur des Finances“ Mitglied der technokratischen Élite Frankreichs, kandidierte zwar 1969 erfolglos für das Amt des Staatspräsidenten, konnte jedoch immerhin über 800 000 Stimmen auf sich vereinigen. Wenige Monate später konnte er aber bei einer Nachwahl im Departement Yvelines den ehemaligen Premier Couve de Murville im zweiten Wahlgang schlagen und als einziger Abgeordneter der P. S. U. ins Palais Bourbon einziehen.

<sup>35)</sup> Rovin, a. a. O., S. 848.

<sup>36)</sup> Vgl. W. I. Lenin, Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Bauernbewegung, in: Ausgewählte Werke Bd. I, S. 540 ff.

<sup>37)</sup> Vgl. Le Monde vom 3./4. 12. 1972, S. 5.



Ihr Einfluß erstreckt sich vor allem auf die Großstädte, in deren Gemeinderäten die Partei sehr aktiv ist, auf die Gewerkschaft C. F. D. T. (siehe unten) und den Studentenverband U. N. E. F. (Union Nationale des Etudiants Français), aus dem sich auch der größte Teil ihrer 16 000 Mitglieder rekrutiert. Dadurch wird ihre außerparlamentarische Aktion durch diese Doppelmitgliedschaft erheblich begünstigt, so daß diese intellektuelle ideologische Kaderpartei mit ihrem Programm, eine Gesellschaft zu errichten, in der Sozialismus und Planwirtschaft mit dem Respekt vor politischen Freiheiten versöhnt werden, zahlreiche Kreise des gesellschaftlichen Establishments anspricht. Wenn auch momentan ihre Haltung zum gemeinsamen Regierungsprogramm der P. C. F. und P. S. nicht eindeutig ist, dürfte sich dies bei einem Wahlsieg der Linken ändern.

Demgegenüber haben sich die *linken Radikalsozialisten* geschlossen hinter das Links-Bündnis gestellt. Diese Gruppe der alten traditionsreichen Partei der III. und IV. Republik (gegründet 1901) unter Robert Fabre brach im Frühjahr 1972 mit dem von Jean Jacques Servan-Schreiber geführten Flügel, der sich für eine Zusammenarbeit mit Lecanuets Zentrum aussprach. Praktisch ist der von Fabre repräsentierte Teil bedeutungslos und dürfte nach den Wahlen mit der P. S. fusionieren, mit der er schon Mitte der sechziger Jahre in der F. G. D. S. zusammengearbeitet hatte und nun eine gemeinsame Kandidatenliste aufstellte.

#### d) Die Gewerkschaften

Eine Analyse des Parteiensystems ohne Ein-schluß der gewerkschaftlich organisierten Kräfte bliebe unvollständig; deshalb soll an dieser Stelle die Haltung der beiden größten französischen Gewerkschaften zur Politik der „Union de la Gauche“ kurz charakterisiert werden.

Größte Gewerkschaft mit ca. 1,4 Millionen Mitgliedern<sup>38)</sup> ist die C. G. T. (Confédération

Générale du Travail). Ihre Funktionäre sind zum großen Teil Mitglieder der P. C. F., so daß der Einfluß der C. G. T. auf die kommunistische Führung außergewöhnlich groß ist, zumal ihr Vorsitzender Georges Séguy Mitglied des Politbüros ist und darauf achtet, daß Partei- und Gewerkschaftsmeinung stets konform sind.

Wie sehr die Partei die C. G. T. braucht, machten besonders die Streiks im Mai 1968 deutlich. Nur mit Hilfe der C. G. T.-Funktionäre konnte die Arbeiterschaft zur Annahme der ausgehandelten Lohnerhöhungen bewegt werden<sup>39)</sup>, während radikale Gruppierungen die Fortsetzung des Generalstreiks bis zum Sieg der Arbeiterklasse forderten. Demgegenüber erklärte Georges Séguy damals, die C. G. T. sei die „starke, ruhige Kraft, die es geschafft hat, die Ordnung im Dienst der Arbeiter wiederherzustellen“.

Trotz ihrer immer wieder erhobenen Forderung nach Klassenkampf und Überwindung der antagonistischen Klassengegensätze hat sich in den letzten Jahren eine Wandlung vollzogen, die zwar Chaban-Delmas 1969 entworfenen „Politique de Concentration“ als Klassenkollaboration ablehnt, trotzdem sich aber dem Dialog mit der Regierung und den Arbeitgeberverbänden nicht widersetzt. So sind die 1970 und 1971 zwischen den großen Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden geschlossenen Abkommen über zahlreiche soziale Verbesserungen ein Zeichen für den Abbau der Konfrontation, die Frankreichs soziales Leben jahrzehntelang dominierte. Diese Strategie, die unmittelbarsten ökonomischen Bedürfnisse der Arbeiterschaft zu verbessern, schließt jedoch das Ziel der Gewerkschaften, die totale Aufhebung der gegenwärtigen Produktions- und Besitzverhältnisse nicht aus.

Die seit 1968 geführte bescheidene Kooperation mit Regierung und Arbeitgebern ist von der Basis der C. G. T., vor allem von jugendlichen Arbeitern und Technikern, heftig kritisiert worden. Ihnen geht es nicht mehr um

<sup>38)</sup> In Frankreich gibt es ungefähr 15,9 Millionen Arbeitnehmer, von denen etwa 3,2 Millionen gewerkschaftlich organisiert sind, was einem Organisationsgrad von 20 % entspricht.

<sup>39)</sup> Vgl. Georges Séguy, *Le Mai et la C.G.T.*, Paris 1972. Auf die selbstgestellte Frage: „Etions-nous en présence d'une situation révolutionnaire?“ antwortet er: „Pour la grande masse des travailleurs en lutte, les motifs étaient essentiellement revendicatifs, sociaux, économiques.“



unmittelbare wirtschaftliche Verbesserungen, sondern vor allem um verstärkte Ausweitung innerbetrieblicher Mitbestimmung und Ausbau der gewerkschaftlichen Rechte. Gerade diese verhältnismäßig kleinen aber sehr aktiven Gruppen entziehen sich der Kontrolle durch die Gewerkschaftsführung und engagieren sich in den sogen. „Groupes d'Action Municipale“, in denen „die Grenzen zwischen Reformismus und Revolutionarismus“<sup>40)</sup> fließend sind. Somit sieht sich die C. G. T. durch spektakuläre Aktionen oft genötigt, die Basis zu befriedigen und durch Befragung ihrer Mitglieder vor Abschluß wichtiger Tarifvereinbarungen ein Meinungsbild innerhalb der Gewerkschaft zu erstellen.

Das im November 1969 verabschiedete neue umfangreiche Programm deckt sich mit seinen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen fast vollständig mit den Vorstellungen des gemeinsamen Regierungsprogramms der P. S. und P. C. F. und macht den Einfluß der Gewerkschaftsführung bei diesen Verhandlungen deutlich.

Die C. F. D. T. (Confédération Française Démocratique du Travail), mit ihren ca. 700 000 Mitgliedern die zweitgrößte Gewerkschaft, ist im Grunde heute noch die Gewerkschaftsbewegung des militanten Laienkatholizismus, obwohl das Attribut „christlich“ 1964 aus dem Namen getilgt wurde. Für sie gibt es die Probleme der Beziehung zu einer übergeordneten Partei nicht. Ein Teil ihrer Mitglieder unterhält engste Beziehungen zur P. S. U., während ein anderer in der Parti Socialiste organisiert ist wie der bisherige Vorsitzende Eugène Descamps.

Dominierten 1968/69 noch die gemäßigten Kräfte innerhalb der C. F. D. T., die eine Annäherung an die reformistischen Vorstellungen der F. O. (Force Ouvrière, der dritten Gewerkschaft mit schätzungsweise 300 000 Anhängern) befürworteten, gewann im Frühjahr 1970 der linke Flügel stärkeren Einfluß. Während der Mai-Ereignisse 1968 hatte er erstmals eine wichtige Rolle gespielt, als er den studentischen Aktionsformen viel aufgeschlossener gegenüberstand als die C. G. T. Räumt die C. G. T. den ökonomischen Verbesserungen der Arbeiterschaft kurzfristig domi-

nierenden Platz ein, sind für die C. F. D. T. diese Probleme sekundärer Art; ihr vordringliches Interesse gilt der seit 1967 gesetzlich verankerten Selbstverwaltung („Autogestion“), da sie als ein erster Schritt in Richtung auf eine sozialistische und demokratische Gesellschaft von entscheidender Bedeutung angesehen wird. Das 1970 formulierte Programm umreißt die Ziele der C. F. D. T. folgendermaßen: „... (unsere) Strategie ist eine offene Strategie, die darauf abzielt, durch den Klassenkampf die Errichtung dieser Gesellschaft zu beschleunigen. ... Der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft zu dieser Gesellschaft erfordert die Mobilisierung der Gesamtheit der Volkskräfte, denn er verlangt: die Entwicklung der Macht der Arbeiter und ihrer Organisationen in den Unternehmen der Wirtschaft sowie die Herrschaft der ganzen Gesellschaft, also einen qualitativen Sprung, der die Eroberung der politischen Macht auf der Ebene des Staates einschließt. ... Für die C. F. D. T. kann die ... Aktion zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft nur das Werk aller sozialistischer Kräfte, einschließlich der P. C. F. sein“<sup>41)</sup>. In der Politik gegenüber der Regierung und den Arbeitgebern gehen beide Gewerkschaftszentralen konform; jedoch widersetzt sich die C. F. D. T. vor allem dem bürokratischen Apparat der großen Schwester und der zu engen Verflechtung mit der P. C. F. Wohl hauptsächlich aus diesem Grund übt sie in den hochqualifizierten Industrien und Dienstleistungsbetrieben eine größere Attraktivität aus als die C. G. T., die sie auf manchen Gebieten zur unmittelbaren Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen links überholt. Beide Gewerkschaften werden sich auch in Zukunft zu einem immer bedeutenderen Faktor im politischen Leben entwickeln; ihre Verhandlungstaktik ist in den letzten Jahren sowohl in den Planungsbehörden, die die (unverbindlichen) Richtwerte für den jeweiligen Fünfjahresplan ausarbeiten<sup>42)</sup>, als auch in den Verhandlungen mit der Regierung über Lohnerhöhungen und der erst kürzlich geschaffenen Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer geschmeidiger geworden.

<sup>41)</sup> Vgl. René Bonéty, *La C.F.D.T.*, Paris 1971, S. 125 ff.

<sup>42)</sup> Vgl. Gert Hedtkamp, *Planification in Frankreich*, Köln 1966.

<sup>40)</sup> J. Rován, a. a. O., S. 927.



Das gemeinsame Regierungsprogramm der Linksparteien wird sicherlich in absehbarer Zeit die schon seit langem geplanten Fusionsgespräche zwischen den beiden wichtigsten Gewerkschaftszentralen beschleunigen helfen. Somit würde sich nicht nur Frankreichs Parteiensystem verändert haben, sondern ein Ende der bisherigen Zersplitterung der Arbeit-

nehmervertretung würde das Gewicht ihrer Interessen zunehmend erhöhen. Jede Regierung — ob gaullistisch oder links-sozialistisch — muß an einer solchen Konzentration der Gewerkschaften interessiert sein, die die Aktionen der Basis im alten anarcho-syndikalistischen Geist zu kontrollieren imstande ist.

## Die „Réformateurs“

Unter dem Anspruch, Frankreich „zu reformieren und nicht zu revolutionieren“ gruppierten sich Anfang 1972 einige zentristische und radikalsozialistische Abgeordnete und Senatoren um den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten und Senator Jean Lecanuet und den Abgeordneten aus Nancy, Jean Jacques Servan-Schreiber. Ziel dieser Gruppe, die nach Abspaltung des auf Kooperation mit der Regierung bedachten Flügels des C. D. P. unter Duhamel auf der einen und Bruch der linken Radikalsozialisten unter Robert Fabre auf der anderen Seite nicht einmal mehr über die zur Fraktionsbildung notwendigen 30 Mandate verfügt, ist die Schaffung oder — besser gesagt — Wiederbelebung einer „dritten Kraft“, die die Wähleralternative nicht ausschließlich auf den gaullistischen und sozial-kommunistischen Block beschränken soll.

Als Servan-Schreiber nach seinem spektakulären Sieg in der gaullistischen Hochburg Nancy (1970) ins Generalsekretariat der Radikalsozialisten gewählt wurde und kurz darauf auch den langjährigen Parteivorsitzenden Maurice Faure ablöste, zeichnete sich eine Wendung in der bis dahin linksliberalen Politik zu einer stärker bürgerlich-liberal orientierten Haltung ab, woran Frankreichs älteste Partei schließlich zerbrach. Für den jungen, dynamischen Parteivorsitzenden war diese Trennung des mit den Sozialisten sympathisierenden Flügels nur ein längst überfälliger Schritt. Da das Bündnis mit den Sozialisten 1965 und 1967 keinerlei nennenswerte Erfolge für die Radikalsozialisten gebracht hatte, konnte nur eine eindeutige Schwenkung zum nicht-gaullistischen bürgerlichen Lager der in der IV. und V. Republik so stark dezimierten Partei wieder neue Wählerschichten zuführen.

Somit versuchte Servan-Schreiber, alle bürgerlichen Kräfte außerhalb des gaullistischen Lagers zum „Mouvement Réformateur“ zusammenzufassen. Kern dieser Politik ist das soeben veröffentlichte Programm<sup>43)</sup> der Bewegung, dessen Grundgedanken sich folgendermaßen resümieren lassen: 1. Radikale Reform staatlicher Subventionen zugunsten der Bürger, nicht mehr der Aktiengesellschaften, 2. grundsätzliche Reform der öffentlichen Gewalten durch Schaffung regionaler und auch supranationaler Organe; 3. Reform des militärischen Sicherheitssystems durch Kürzung der Mittel für die Force de Frappe und Reintegration in die NATO; 4. Reform sozialer Probleme, um die Chancengleichheit aller zu erhöhen.

Im sozialen Bereich unterscheidet sich dieses Programm kaum von den übrigen bürgerlichen; nur in der Bildung zu schaffender Regionen mit effektiven Selbstverwaltungsorganen und im Ausbau der supranationalen Gremien weicht diese „alternative“ von der gaullistischen ab. Seine Attraktivität für bürgerliche Wählergruppen ist nach den letzten Meinungsumfragen unverkennbar und wird manchem mit der jetzigen Regierung unzufriedenen Wähler die Entscheidung im März erleichtern.

Trotz dieser wahrscheinlichen Stimmgewinne und des erfolgten Übertritts von de Gaulles langjährigem Minister Jeanneney, woran sich vergebliche Hoffnungen auf ein Abspalten einzelner gaullistischer Gruppen knüpften, ist es äußerst fraglich, ob Lecanuet und Servan-

<sup>43)</sup> Vgl. die im *Expreß*, No. 1117, 4—10 Novembre 1972, S. 15 ff., veröffentlichten wichtigsten Auszüge.



Schreiber eine „dritte Kraft“ oder „Partei der Mitte“ aufbauen können. Ihre Versuche, alle liberalen Gruppierungen innerhalb der Regierungskoalition zum Übertritt in ihr Lager zu bewegen, müssen sie in unmittelbare Nähe der Pompidou auch weiterhin verbundenen *Républicains Indépendants* rücken, deren Zielvorstellungen sich mit denjenigen der „*Reformateurs*“ nahezu decken. Aber Giscard d'Estaings Partei ist den Kräften der Reformer eindeutig überlegen und dürfte auf sie stärkere Anziehungskraft ausüben als umgekehrt. In einem Interview<sup>44)</sup> erläuterte Lecanuet die Haltung seiner Formation zu den beiden Parteiblöcken und machte unmißverständlich deutlich, daß das *Mouvement* bei der kommenden Wahl auf keinen Fall im zweiten Wahlgang einen Kandidaten der Linken favorisieren wird.

Somit sind also die Möglichkeiten des „*Mouvement Réformateur*“ für eine dritte Kraft äußerst begrenzt, denn die einzig verbleibende Chance für das Zentrum, auch weiterhin im Parlament vertreten zu sein, besteht in einer Kooperation mit der Majorité. Es wird sich also Lecanuet und dem (manchmal exzentrischen) lothringischen Abgeordneten keine andere Alternative bieten, als sich innerhalb des Regierungslagers, wo sie bei knappem

Wahlausgang allerdings das „Zünglein an der Waage“ werden können, den Unabhängigen Republikanern anzuschließen. Damit würden sich in dieser möglichen Regierungskoalition deren Gewichte zugunsten der liberalen, reformerisch gesinnten Abgeordneten verschieben, ohne deren Mitarbeit Pompidous neuer Premierminister über keine Mehrheit in der Nationalversammlung verfügt.

Beide Seiten sind also im März aufeinander angewiesen, wenn sie einen Sieg der „*Union de la Gauche*“ verhindern wollen. Deshalb wird die Majorité im wichtigen zweiten Wahlgang günstig plazierte Kandidaten des „*Mouvement Réformateur*“ unterstützen und ihren eigenen Bewerber zurückziehen, um durch ein Splitting der bürgerlichen Stimmen die Linke nicht zu stärken. Auch eine Übernahme gewisser Programmpunkte der Reformer dürfte für die U. D. R. kein unüberwindliches Hindernis bilden, um für weitere fünf Jahre an der Macht zu bleiben. Damit wäre Lecanuels kürzlich gestellte Forderung für einen Eintritt in die jetzige Koalition erfüllt: „Si M. Pompidou accepte de réviser sa politique, alors notre devoir est d'aider ce gouvernement à réussir.“ („Wenn Herr Pompidou bereit ist, seine Politik zu revidieren, ist es unsere Pflicht, dieser Regierung zu helfen.“)<sup>45)</sup>

## Schlußbemerkungen

Das ambitiöse Ziel der Reformer, eine neue Partei der Mitte zu schaffen, dürfte — wie schon alle seit 1965 unternommenen Versuche — fehlschlagen und an Frankreichs auf zwei Blöcke polarisiertem Parteiengefüge vorläufig nichts ändern.

Dies würde allenfalls eintreten, wenn die Linke im März die erforderliche Mehrheit gewinnt. Dann ist ein Zerfall der jetzigen Regierungsparteien nicht mehr auszuschließen, denn die heterogenen Kräfte innerhalb der U. D. R. würden die seit dem Tod de Gaulles ausschließlich durch gemeinsame Machtinteressen geprägte Fraktion auseinandersprennen; Neugruppierungen um Chaban-Delmas, Edgar Faure und Giscard d'Estaings Unab-

hängige Republikaner würden sich herauskristallisieren und die Gruppe der orthodoxen Gaullisten zurückdrängen; damit könnte gleichzeitig die Chance für eine neue „Partei der Mitte“ steigen, die diese nicht-orthodoxen Anhänger des Staatspräsidenten subsumiert.

Wichtiger als Spekulationen hierüber erscheinen im Falle eines sozialistisch-kommunistischen Wahlsieges die von Pompidou auf einer seiner letzten Pressekonferenzen aufgeworfenen verfassungspolitischen Probleme: Unmißverständlich deutete er an, François Mitterand nicht zum Premierminister zu ernennen. Er befände sich mit einer solchen Entscheidung völlig im Einklang mit der Ver-

<sup>44)</sup> Le Monde vom 14. 10. 1972, S. 11.

<sup>45)</sup> Le Monde vom 14. 10. 1972, S. 11.



fassung, denn Artikel 8 bestimmt, daß ausschließlich der Staatspräsident den Premier ernannt. Einem gaullistischen Minderheitskabinett dürfte anschließend aber von der Nationalversammlung das Mißtrauen ausgesprochen werden. Diese Desavouierung seines Premierministers könnte Pompidou mit der Auflösung des Parlaments beantworten und Neuwahlen ausschreiben. Bestätigen die Wähler dann die bisherige linke Parlamentsmehrheit, steht dem Staatspräsidenten das Dissolutionsrecht erst nach Ablauf eines Jahres wieder zu Verfügung (Art. 12 Satz 4). Ihm bliebe keine andere Wahl als zurückzutreten oder einen sozialistischen Premier zu ernennen, dessen Regierungspolitik er jedoch jederzeit boykottieren kann, da nach Artikel 9

der Staatspräsident den Vorsitz im Ministerrat <sup>46)</sup> führt.

An keinem Komplex wird die mangelhafte Ausarbeitung der Verfassung von 1958 deutlicher als in diesem Zusammenhang. Hier zeigt sich besonders klar, wie sehr sie ausschließlich auf die Person des Generals ausgerichtet war. Sollte der jetzige Präsident in dem geschilderten Fall nicht die erforderliche Konsequenz ziehen, auch sein Amt einem vorgezogenen Wählerentscheid zu unterwerfen, zeichnen sich unübersehbare Verfassungskonflikte ab.

---

<sup>46)</sup> Vgl. zu dieser Frage u. a. Peter Zürn, Die republikanische Monarchie, München 1965, S. 59 f.



Tabelle 1:

## Ergebnis der Parlamentswahlen 1951—1968

Wähler: Enthaltungen:	1951 24,53 Millionen 19,8 %		1956 26,77 Millionen 17,3 %			1958 27,24 Millionen 22,9 %			1962 27,53 Millionen 31,3 %			1967 28,3 Millionen 19,1 %			1968 28,2 Millionen 19,9 %		
	Stimmen in %	Man- date	Stim- men in Mil- lionen	Stim- men in %	Man- date	Stim- men in Mil- lionen	Stim- men in %	Man- date	Stim- men in Mil- lionen	Stim- men in %	Man- date	Stim- men in Mil- lionen	Stim- men in %	Man- date	Stim- men in Mil- lionen	Stim- men in %	Man- date
Parteien																	
P.C.F.	25,9	97	5,5	25,7	150	3,88	18,9	10 <sup>e)</sup>	3,99	21,8	41	5,0	22,5	73	4,4	20,0	34
P.S.U.	—	—	—	—	—	—	—	—	0,4	2,4	—	0,5	2,2	4	0,9	3,0	—
Sozialisten	14,5	94	3,2	14,8	88	3,17	15,5	44	2,31	12,6	66	} 4,2	18,7	116 <sup>f)</sup>	} 3,6	16,5	57 <sup>i)</sup>
Radikalsozialisten	10	77	2,9	13,4	77	1,71	8,3	33	1,38	7,6	39						
M.R.P. und Zentrum	12,5	82	2,4	11,1	71	2,41	11,2	56	1,63	8,9	38	3,0	13,4	41	2,3	10,3	33
Gaullisten (UDR und R.I.)	21,7	107 <sup>a)</sup>	0,9	4,4	21	3,60	20,4	212	5,85	37,9	265	8,4	37,8	244 <sup>g)</sup>	10,2	46,0	354 <sup>h)</sup>
Konservative und Gemäßigte	14	87 <sup>b)</sup>	3,1	14,4	95 <sup>b)</sup>	4,74	22,9	118	2,54	13,9	35	0,8	3,7	9	0,9	4,1	7
Rechtsextremisten	1,4	—	2,9	13,3	52 <sup>c)</sup>	0,67	3,0	—	0,16	0,9	—	0,2	0,8	—	0,1	0,1	—
Mandatszahl der Kolonien		83			52 <sup>d)</sup>			—			—			—			—
Gesamtzahl der Mandate		627			606			473			484			487			485

a) R.P.F.

b) Republikaner, Bauern, Unabhängige und Parti Républicain Libéral

c) darunter 51 Poujadisten

d) in Algerien wegen des Krieges keine Wahlen

e) bei einer Wahl nach der Verhältniswahl hätten die P.C.F. z. B. 88 Mandate, die Gaullisten aber nur 82 und die Konservativen/Gemäßigten nur 93 Mandate erhalten

f) F.G.D.S.

g) darunter 44 Unabhängige Republikaner

i) darunter 13 Radikalsozialisten

h) darunter 61 Unabhängige Republikaner



Tabelle 2:

*Präsidentieller und Parlamentarischer Gaullismus<sup>a)</sup>*

## Präsidentieller Gaullismus:

Referendum September 1958	79,2 ‰
Referendum Oktober 1962	61,7 ‰
Präsidentschaftswahl 1965, 1. Wahlgang	43,7 ‰
Referendum April 1969	46,7 ‰
Präsidentschaftswahl 1969, 1. Wahlgang	43,9 ‰

## Parlamentarischer Gaullismus (jeweils 1. Wahlgang):

1958	1962	1967	1968
20,4 ‰	37,9 ‰	37,8 ‰	46,0 ‰
	(einschl. R.I.)	(einschl. R.I.)	

a) Lancelot, Allain: *La Vie Politique en France depuis 1940*, Paris 1969, S. 608 ff.

Tabelle 3:

*Resultat der Präsidentschaftswahlen<sup>b)</sup>*

1965 Wahlberechtigte: 28,9 Millionen

Enthaltungen: 15,25 ‰

1. Wahlgang:	de Gaulle	10,8 Millionen	(44,65 ‰)
	Mitterand	7,7 Millionen	(31,72 ‰)
	Lecanuet	3,8 Millionen	(15,6 ‰)
	Tixier-Vignancourt	1,26 Millionen	( 5,19 ‰)
	Marcilharcy	0,41 Millionen	( 1,7 ‰)
	Barbu	0,3 Millionen	( 1,15 ‰)
2. Wahlgang:	de Gaulle	13,08 Millionen	(55,19 ‰)
	Mitterand	10,62 Millionen	(44,8 ‰)
	Enthaltungen:	15,67 ‰	

1969 Wahlberechtigte: 29,51 Millionen

Enthaltungen: 22,41 ‰

1. Wahlgang:	Pompidou	10,05 Millionen	(44,46 ‰)
	Poher	5,27 Millionen	(23,3 ‰)
	Duclos	4,8 Millionen	(21,3 ‰)
	Defferre	1,14 Millionen	( 5,01 ‰)
	Rocard	0,81 Millionen	( 3,61 ‰)
	Ducatel	0,29 Millionen	( 1,26 ‰)
	Krivine	0,24 Millionen	( 1,05 ‰)
2. Wahlgang:	Pompidou	11,06 Millionen	(58,2 ‰)
	Poher	7,94 Millionen	(41,8 ‰)
	Enthaltungen:	31,13 ‰	

b) Zahlen aus *Baquet*, Jean u. a.: *Le Président de la V<sup>e</sup> République*, Paris 1970, S. 26/27.



# Das Splitting – ein wahltaktisches Medium der Liberalen?

## I. Zur Marktanalyse der liberalen Erststimmen

### 1. Die Liberalen im Wahlkampf

„Wir müssen uns daran gewöhnen, mit *kleinen* oder sogar *knappsten* Mehrheiten zu regieren.“<sup>1)</sup> Mit diesen Worten kennzeichnete der Vorsitzende der Freien Demokraten, Walter Scheel, die parlamentarischen Erwartungen vor dem eigentlichen Beginn des Bundestagswahlkampfes 1972, den alle Seiten als die härteste politische Auseinandersetzung seit dem Bestehen der Bundesrepublik bewerteten. Eine ähnliche Beurteilung der zu erwartenden Mehrheitsverhältnisse spiegelte sich in der Bereitschaft des sozialdemokratischen Vorsitzenden Willy Brandt wieder, die bisherige Regierungskoalition nach einem Wahlsieg mit notfalls nur *einer* Stimme Mehrheit fortzusetzen. In einer fortgeschrittenen Phase des Wahlkampfes — in den Medien häuften sich bereits Nachrichten und Kommentare zu der Tatsache, daß allein die Zweitstimmen über die künftige Zusammensetzung des Bundestags entscheiden würden<sup>2)</sup> — hatte sich das natürliche Konkurrenzverhältnis zwischen den Koalitionspartnern verschärft, wie aus den Erklärungen der Parteiführer deutlich wurde: Auf Brandts an liberal präferierende SPD-Wähler gerichtete Wendung auf dem SPD-Parteitag in Dortmund — „Wir haben keine Stimme zu verschenken“<sup>3)</sup> — folgte ein ähnlicher, an CDU-Wähler adressierter Appell Scheels auf dem F.D.P.-Parteitag in Freiburg. Es hieß in einem Kommentar: „So dringlich erscheint dem Parteichef die Suche nach mehr Stimmen, daß er sogar den Anhängern der zuvor immer wieder hart attackierten CDU allen

Ernstes zu erwägen gab, ihre Zweitstimmen der F.D.P. zukommen zu lassen“<sup>4)</sup>.

Damit schienen die Positionen zunächst „geklärt“: Die Sozialdemokraten waren aufgerufen, ihre beiden Stimmen geschlossen der SPD zu geben (Brandt), während die F.D.P. über ihre Stammwähler hinaus zusätzlich auf christdemokratische Wechselwähler „mit libe-

### Inhalt

#### I. Zur Marktanalyse der liberalen Erststimmen

1. Die Liberalen im Wahlkampf
2. Die Funktionen gemischter Stimmabgabe

#### II. Wahlergebnis und Splitting-Analyse

1. Wechsel im Wahlkreis Hoya
2. Hochburg und Burghoheit
3. Überhang im Saarland

#### III. Aspekte künftiger liberaler Wahlpolitik

1. Die Rückbesinnung auf Naumann
2. Die neue Mittel- und Mittler-Position
3. Eine neue Bestimmung der Erststimme?
4. Wähler und Gewählte in der mobilen Demokratie

raler Note“<sup>5)</sup> spekulierte, die zumindest mit ihrer Zweitstimme die liberale Bundestagsfraktion verstärken sollten (Scheel).

Ungeklärt, ja ausgesprochen diffus waren dagegen die Positionen, die die Liberalen in bezug auf ihre Erststimmen-Erwartung gegenüber dem von ihnen für mündig<sup>6)</sup> erklärten

<sup>1)</sup> dpa-Meldung; GA (= General-Anzeiger, Wuppertal), 3. Okt. 1972.

<sup>2)</sup> Z. B. M. Gregier: Was man zu den Bundestagswahlen unbedingt wissen mußte. Die Zweitstimme entscheidet über die Verteilung der Bonner Mandate, in: GA, 11. Nov. 1972, S. 6.

<sup>3)</sup> dpa; GA, 13. Okt. 1972.

<sup>4)</sup> C.-Chr. Kaiser: ‚David darf sich nicht räkeln‘. Optimismus trotz der Schocks der Kommunalwahlen i. Niedersachsen u. Hessen, in: DIE ZEIT, 27. Okt. 1972, S. 3.

<sup>5)</sup> K.-H. Flach, Gen.-Sekretär d. F.D.P.; GA, 26. Okt. 1972.

<sup>6)</sup> Vgl. K.-H. Flach, W. Maihofer, W. Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen, Reinbek b. Hamburg 1972 (= rororo aktuell 1545), pa m (bes. S. 60).



Wahlbürger einnahmen. Dies soll am Wahlkampfgeschehen in Nordrhein-Westfalen, besonders in den Wahlkreisen 69 und 70 <sup>7)</sup> veranschaulicht werden. Die dort erkennbar gewordene Behandlung der Erststimmen wie eine Ware, die man für diesen Interessenten oder für jenen Konkurrenten oder aber überhaupt nicht zum Angebot bringt, lassen die politische Landschaft — zumindest optisch — in einer marktwirtschaftlichen Dimension erscheinen und rechtfertigen den Begriff einer „Marktanalyse“ <sup>8)</sup> der liberalen Erststimmen.

Hier lassen sich gleich vier, wenn nicht fünf verschiedene wahltaktische Grundeinstellungen beobachten. Nach einer einheitlichen Strategie beim Umgang mit liberalen Erststimmen wird man vergeblich suchen:

(1) Zunächst die Selbstdarstellung der Liberalen im offiziellen Rahmen als Partei: Hier dominierte konsequent der traditionelle Wahlauf Ruf: „Ihre *Erststimme* und Ihre *Zweitstimme* für den F.D.P.-Kandidaten“ — besonders massiv in den letzten Tagen vor der Wahl: Am Donnerstag eine ganzseitige Anzeige zugunsten beider Direkt-Kandidaten <sup>9)</sup>, am Freitag die Wiederholung derselben Anzeige <sup>10)</sup> und in der großen Samstag-Ausgabe unmittelbar vor dem Wahltag noch einmal zwei ganzseitige und eine viertelseitige Anzeige mit demselben Appell: „Sie haben zwei Stimmen. Geben Sie Ihre *Erststimme* Hans-Dietrich Genscher ...“ <sup>11)</sup>. Konform mit dieser *Erststimmen-Verwendung* ging ein Flugblatt des örtlichen F.D.P.-Kreisverbands <sup>12)</sup> aus demselben Zeitraum. Die sich hinter dieser Position (1) verbergende Absicht ist eindeutig: Durch den vollen (d. h. auf dem Stimmzettel beiderseitigen) Einsatz der Stimmabgabe ohne ein differenziertes Abwägen der einen gegen die andere Stimme sollte in traditioneller Weise das Gros des liberalen Wählerpotentials, insbesondere die Zielgruppe der altliberalen Wähler, angesprochen werden.

<sup>7)</sup> Wuppertal-West u. Wuppertal-Ost.

<sup>8)</sup> Vgl. F. Neske/G. F. Heuer: Handlexikon Werbung & Marketing, München 1970, Stichwort ‚Marktanalyse‘. — Des weiteren vgl. auch H. Abromeit: Zur Identität v. politischer u. wirtschaftlicher Werbung, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, Beil. z. Wochenzeitung DAS PARLAMENT, B 48/72, v. 25. Nov. 1972.

<sup>9)</sup> GA, 16. Nov. 1972, S. 28 (WK 69 bzw. 70).

<sup>10)</sup> GA, 17. Nov. 1972, S. 16.

<sup>11)</sup> GA, 18. Nov. 1972, S. 8, 21 u. 25.

<sup>12)</sup> K. O. Dehnert: Warum ich für Sie nach Bonn gehen will (F.D.P.-Flugblatt i. d. Woche vor dem Wahltag).

(2) Eine Variante zu dieser konventionellen Konzeption präsentierte sich in jenen offiziellen Parteianzeigen, die in überregionalen Zeitungen erschienen <sup>13)</sup> und sich offensichtlich an eine aufgeklärtere Schicht von liberalen Bürgern richteten. Entgegen der lokalen Konzeption wurde hier in diesen überregionalen Wahl-Anzeigen eine informative Erläuterung zur wichtigsten Bedeutung der *Erststimme* mitgegeben: „... Der, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, kommt in den Bundestag. Die Stimmen für die anderen fallen unter den Tisch ...“. Gleichzeitig wurde hier dem Leser — im Text der Anzeige — durchaus das Recht zugestanden, die *Erststimme* dem Kandidaten einer anderen Partei zu geben: „Falls Sie Ihre *Erststimme* einem Kandidaten der CDU oder CSU geben ...“ bzw. „Falls Sie Ihre *Erststimme* einem Kandidaten der SPD geben ...“. Der Wahlauf Ruf beschränkte sich hier allein auf die Vergabe der *Zweitstimme*: „Nur Ihre *Zweitstimme* für die F.D.P.“

(3) „Liberaler“ gaben sich die Initiatoren der „Aktion Blaues Dreieck“ (Liberaler Wählerinitiative, Sitz Köln). Im Mittelpunkt ihrer Wahlinformationen stand unausgesprochen die realistische Einsicht, daß die F.D.P. in der gegenwärtigen politischen Situation und bei der momentanen Sozialstruktur der Bevölkerung kein Direktmandat bei Bundestagswahlen erringen kann. Entsprechend wurde die puristische Abschirmung der *Erststimme* (1) oder die abwägende Nennung dieser oder jener konkurrierenden Partei (2) hier völlig aufgegeben. Zur *Erststimmen-Beurteilung* heißt es lakonisch: „Mit der *Erststimme* wählen Sie jenen Kandidaten, dem Sie Ihre politischen Wünsche anvertrauen wollen, *egal*, welcher Partei er angehört“ <sup>14)</sup>.

(4) Die völlige Aufgabe der puristischen Position und eine nun ganz pragmatische Verwendung der *Erststimme* demonstrierte die „Liberaler Wählerinitiative N.R.W.“ (Sitz Düsseldorf) — ein wahltaktischer Schritt, der offensichtlich um so leichter fiel, je weiter die Initiatoren von der eigentlichen Parteiorganisation entfernt waren. In den Wahl-Anzeigen dieser Gruppe heißt es unmißverständlich: „... geben Sie Ihre *Erststimme* dem SPD-Kandidaten Ihres Wahlkreises und Ihre *Zweit-*

<sup>13)</sup> Z. B. in: DIE ZEIT, 17. Nov. 1972, S. 5 (halbsseitig).

<sup>14)</sup> GA, 15. Nov. 1972, S. 4; ebenso in: DIE ZEIT, 17. Nov. 1972, S. 15.



stimme der Landesliste der F.D.P.“<sup>15)</sup>. Der Aufruf zum *Splitting* war ausschließlich von Akademikern unterschrieben, darunter allein 14 Professoren. Auf einer Pressekonferenz in Bonn wurde die in dieser Gruppe beschlossene Wahlstrategie erläutert: Die SPD sollte zu zusätzlichen Überhangmandaten gelangen, die F.D.P. sollte sicher die Fünf-Prozent-Hürde überspringen<sup>16)</sup>.

(5) Schließlich kann eine fünfte, individuelle Position angenommen werden: In der letzten Woche vor der Wahl hatte die Diskussion um die liberalen Erststimmen ihren Höhepunkt erreicht. Dieser Diskussion konnten sich auch die Parteirepräsentanten und sogar die Direktkandidaten nicht mehr entziehen. Hier zeigte sich eine partielle Aufweichung der traditionellen Position (1), mit der man — „*Erst- und Zweitstimme für die F.D.P.*“ — in den Wahlkampf gegangen war. Als charakteristisch sei hier deshalb die in einer Lokalzeitung publizierte Erklärung des Direktkandidaten der F.D.P. im Wahlkreis 70 zitiert: „Allerdings halte ich es als Kandidat der F.D.P. für legitim, wenn liberale Wähler in meinem Wahlkreis die Erststimme nicht mir, sondern dem Kandidaten des Koalitionspartners geben ...“<sup>17)</sup>. In diesen persönlichen Äußerungen eines Kandidaten wird man noch keine pragmatische Aussage oder gar einen Aufruf zum *Splitting* (4) erkennen können, doch ein erster Schritt auf dem Weg einer Abkehr von der puristischen Abgrenzung wurde hier zweifellos getan.

## 2. Die Funktionen gemischter Stimmabgabe

Der mit einigen Werbeaktionen der Liberalen im Wahlkampf 1972 erneut zutage getretene Appell für ein sozialdemokratisches Erststimmen-Votum durch liberal präferierende Wähler wird erst dann ganz verständlich, wenn Begriff und Funktionen des Phänomens „*Splitting*“ in ihrer ganzen Tragweite durchleuchtet sind.

Zunächst der Begriff: In Kommentaren und Analysen zu Bundes- und Landtagswahlen scheint sich der Terminus „*Splitting*“ eingebürgert zu haben, obwohl es sich bekanntlich

um eine Vokabel handelt, die in der amerikanischen Wahlforschung beheimatet ist und spezifische Entscheidungsmodalitäten des dortigen Wahlsystems beschreibt<sup>18)</sup>. Einem breiteren Publikum dürfte deshalb der etwas ältere Begriff der „gemischten Stimmabgabe“<sup>19)</sup> — bei häufigerem Gebrauch durch die meinungsbildenden Medien — verständlicher sein. Daneben kursieren die etwas abstrakte Behelfskonstruktion des „Über-Kreuz-Wählens“<sup>20)</sup> und die für ‚*vote splitting*‘ gebildete Lehnübersetzung „*Stimmenspaltung*“<sup>21)</sup>.

Welche Wirkungen hat nun die gemischte Stimmabgabe für die personalisierte Verhältniswahl in der Bundesrepublik? Nach dem Gesetz — BWG § 4 — hat jeder Wähler zwei Stimmen: „... eine *Erststimme* für die Wahl eines Wahlkreisabgeordneten, eine *Zweitstimme* für die Wahl einer Landesliste“. Nach der mehrheitswahlrechtlichen Konstruktion bei der Bewertung der in einem Wahlkreis abgegebenen gültigen *Erststimmen* hat aber die *Erststimme* nicht jene Bedeutung, welche der *Zweitstimme* in allen drei (vier) demokratischen Parteien zukommt. Und darin begründet sich die — auch jetzt wieder in ihrem Wahlkampf sichtbar gewordene — wahlsystematische Problematik der Liberalen — von der 5 %-Sperrklausel und dem die kleineren Parteien leicht benachteiligenden d'Hondt'schen Anrechnungsverfahren einmal abgesehen: In keinem der 248 Einmannwahlkreise des Wahlgebiets kann z. Z. ein F.D.P.-Kandidat die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen<sup>22)</sup>.

Aus der zunehmenden Kenntnis dieses politischen Sachverhalts resultiert auch die stetige Abnahme von abgegebenen *Erststimmen* für freidemokratische Direktkandidaten: In den Bundestagswahlen von 1953, 1957 und 1961 gaben nur noch rund 85 % FDP-Wähler ihre *Erststimme* dem freidemokratischen Wahlkreiskandidaten<sup>23)</sup>; 1965 sank die Zahl sogar

<sup>15)</sup> Näheres vgl. bei D. Nohlen/R. O. Schultze: Die Bundestagswahl 1969 in wahlstatistischer Perspektive, in: *Aus Politik u. Zeitgeschichte*, B 51—52/69, v. 20. 12. 1969.

<sup>16)</sup> *Wahlen und Wähler i. Deutschland*. Mit Beiträgen v. D. Sternberger u. a., hg. v. E. Faul, Villingen 1960, S. 280.

<sup>20)</sup> Das Bundeswahlgesetz. Bundeswahlordnung u. wahlrechtl. Nebengesetze, erläutert v. K. H. Seifert, Berlin/Frankf. a. M. 2./1965, S. 77 (z. § 4 BWG).

<sup>21)</sup> Z. B. in: GA, 14. Nov. 1972, S. 2.

<sup>22)</sup> Vgl. z. B. B. H. Jäckel: Auswirkungen einer Wahlrechtsreform, in: *Polit. Vierteljahrsschrift* 7 (1966), S. 537 ff.

<sup>23)</sup> Ebd. S. 543, A. 28.

<sup>15)</sup> Z. B. in: GA, 13. Nov. 1972, S. 14.

<sup>16)</sup> dpa; GA, 14. Nov. 1972, S. 2: „*Stimmenspaltung*: Wurden schlafende Hunde geweckt?“

<sup>17)</sup> Die Wuppertaler Bundestags-Kandidaten, in: GA, 17. Nov. 1972, S. 14. In einer Flugblatt-Aktion war noch die konventionelle Position (1) vertreten worden (s. o. Anm. 12).



auf etwa 70 %<sup>24)</sup>. In einer wahlsoziologischen Studie wurden abweichend noch eklatantere Werte ermittelt: Danach betrug die Zahl der puristisch eingestellten FDP-Wähler 1961 75 %, 1965 56 % und 1969 nur noch 43 %<sup>25)</sup>! Mit Interesse wird diese Entwicklung bei den zu erwartenden Analysen der Wahl vom 19. November 1972 weiterzuverfolgen sein.

Zur Funktionsbestimmung der gemischten Stimmabgabe sind vor allem zwei wahlsystematische Wirkungen hervorzuheben:

(1) Nach § 6 BWG wird die Zahl der je Land mit Erststimmen gewählten Wahlkreisbewerber einer Partei von den nach Zweitstimmen einer Partei je Land zustehenden Mandaten abgezogen; die (248) direkt Gewählten ziehen in den Bundestag ein. Die je Land übrig bleibenden Mandate werden anschließend nach Landeslisten nominell besetzt; die (248) Nominierten ziehen ebenfalls als gewählte Abgeordnete in den Bundestag ein.

Diesen Ausgleichsprozeß von WK-Bewerbern und LL-Kandidaten zwischen zwei konkurrierenden Massenparteien A und B kann nun eine kleinere Partei C beeinflussen, wenn ihre Direktkandidaten in den Einmannwahlkreisen nicht „ernst“ genommen werden: Indem ein Anteil der Erststimmen von den Parteigängern C z. B. der Partei A zufließt, kann diese (A) eine größere Zahl von WK-Mandaten gewinnen, was allerdings zu Lasten der Zahl ihrer LL-Kandidaten geht. Umgekehrt ist dadurch die Partei B mit weniger WK-Kandidaten, aber dafür mit mehr LL-Abgeordneten im neu gewählten Parlament vertreten. Eine erste elementare Bedeutung des Splittings zeichnet sich also in der Einflußnahme auf den Wahlerfolg örtlich (WK) oder regional (LL) siegender Kandidaten von konkurrierenden Massenparteien ab. 1969 gewann die SPD zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik<sup>26)</sup> mehr Direktmandate (127) als die CDU/CSU (121). An dieser Zunahme der von den Sozialdemokraten gewonnenen WK-Mandate waren die Wähler der F.D.P. nicht unbeteiligt, wie festgestellt worden ist, „denn ein erheblicher

Teil von ihnen, etwa ein Drittel, gab seine Erststimme den Kandidaten der SPD, während nur noch 16 % der F.D.P.-Wähler mit ihrer Erststimme einen CDU/CSU-Kandidaten wählten“<sup>27)</sup>.

(2) Die gemischte Stimmabgabe beeinflusst aber nicht nur die personale Qualität des Parlaments, sondern sie kann sogar auf seine arithmetische Quantität und damit — bei ohnehin knappen Mehrheitsverhältnissen oder gar einem Patt — auf die Regierungsbildung entscheidenden Einfluß nehmen. Denn nach § 6 Abs. 3 BWG verbleiben die in Wahlkreisen errungenen Sitze einer Partei selbst dann, wenn ihr — aufgrund der für sie abgegebenen Zweitstimmen — in diesem Land weniger Mandate zustehen. Nach dem Prinzip „Vorrang der Mehrheitswahl“ bleiben diese, die zustehende Mandatszahl übersteigenden Sitze erhalten und ziehen als zusätzliche „Überhangmandate“ in den Bundestag ein. Die Zahl der bei Bundestagswahlen bisher erworbenen Überhangmandate betrug 1949: 2, 1953: 3, 1957: 3 und 1961 sogar: 5; 1965 und 1969 kam kein Überhang zustande<sup>28)</sup>.

Die Ursachen für solche Überhangmandate sind sehr verschieden und wurden bereits ausführlich erörtert<sup>29)</sup>. Die wahlsystematischen Voraussetzungen seien deshalb hier nur stichwortartig wiederholt: (a) überdurchschnittlich kleinere Wahlkreise eines Landes; (b) überdurchschnittlich geringe Wahlbeteiligung in einem Land; (c) eine beachtlich große Anzahl knapper Wahlkreismehrheiten für eine Partei A in einem Land; (d) starke, aber in bezug auf Wahlkreismandate erfolglos gebliebene Drittparteien (C, D ... usw.) in einem Land<sup>30)</sup>.

<sup>27)</sup> Haungs a. a. O. S. 100; Belege u. weitere Daten ebd.

<sup>28)</sup> Vgl. Tabelle bei H. H. Röhring/K. Söntheimer (Hrsg.): Hdb. d. dt. Parlamentarismus. Das Regierungssystem der Bundesrepublik i. 270 Stichworten; München 1970, S. 465.

<sup>29)</sup> K. Schwarz: Die Ursachen d. Überhangmandate bei Bundestagswahlen u. Möglichkeiten z. ihrer Beseitigung, in: Die öffentl. Verwaltung, Bd. 15, 1962, S. 373 ff.

<sup>30)</sup> Vgl. auch: Wahlen u. Wähler a. a. O. S. 21 f.; das Bundeswahlgesetz, erl. v. K. H. Seifert a. a. O. S. 88 u. 128; ferner B. Vogel/R. O. Schultze: Deutschland, in: Die Wahl der Parlamente, hg. v. D. Sternberger/B. Vogel, Bd. I, 1. Hb.-Bd., Berlin 1969, S. 293; schließlich H. H. Röhring/K. Söntheimer a. a. O. S. 465.

<sup>24)</sup> Vgl. Nohlen/Schultze a. a. O. S. 29.

<sup>25)</sup> Vgl. P. Haungs: Wahlkampf und Wählerverhalten 1969, in: Zft. f. Parlamentsfragen, 1. Jg., H. 1, Juni 1970, S. 100.

<sup>26)</sup> Bekanntlich hatten die Sozialdemokraten bereits 1912 trotz der sie benachteiligenden WK-Ordnung die meisten Wahlkreise des Reiches gewonnen.



Da die Wahlentscheidung vom 19. November 1972 in manchen Ländern einerseits zu sehr *knappen* Ergebnissen (c) führte und da die gemischte Stimmabgabe z. T. mit dem erklärten Ziel *zusätzlicher* Mandatsgewinne (4) zu-

gunsten der bisherigen sozialliberalen Koalition propagiert wurde, erhält die Frage nach der Beziehung von Splitting und Überhangmandaten eine ganz besondere Bedeutung.

## II. Wahlergebnisse und Splitting-Analyse

### 1. Wechsel im Wahlkreis Hoya

Daß die gemischte Stimmabgabe der Liberalen im Bundestagswahlkampf 1972 tatsächlich zu einem „Machtwechsel“ in vielen Wahlkreisen geführt hat, sei an einem Beispiel erläutert. Ausgehend von der Struktur der Wählerschaft konnte der Wahlkreis 28: Hoya (Niedersachsen) stets als ein sicheres Sprungbrett für einen christdemokratischen Kandidaten angesehen werden. Die überlegene Stärke der CDU-Wähler zeigt sich an der hohen Zahl der Zweitstimmen, die in den vorausgegangenen Legislaturperioden der CDU als stärkste Partei in diesem Wahlkreis zuströmen und auch heute noch <sup>31)</sup> mit 46,4 % über dem Bundesdurchschnitt (CDU + CSU: 44,8 %) liegen. Beachtlich ist auch der souveräne Anteil liberaler Stimmen in diesem Wahlkreis. Mit 17,3 % 1965, 10,3 % 1969 und 9,2 % 1972 lagen auch die für die F.D.P. abgegebenen Zweitstimmen über dem durchschnittlichen Anteil im übrigen Bundeswahlgebiet (12,8 %; 5,8 %; 8,4 %). Im gleichen Zeitraum blieben die So-

zialdemokraten mit 33,1 % 1965, 35,5 % 1969 und 43,5 % 1972 konstant unter ihrem Zweitstimmen-Durchschnitt (39,3 %; 42,7 %; 45,9 %). Dennoch wurde am 19. November 1972 der Wahlkreis Hoya von dem sozialdemokratischen Kandidaten direkt gewonnen. Die Erklärung für diesen Sieg liegt in der rückläufigen Bilanz abgegebener F.D.P.-Erststimmen.

Nun wird man nicht alle für die F.D.P. abgegebenen Zweitstimmen des Wahlkreises 28 als eine Wahlaussage ausschließlich liberaler Stammwähler veranschlagen wollen. Dafür liegen viel zu hohe Fluktuationenwerte und zu verschiedene Motivationen vor. Doch die sich in den Zahlen der gemischten Stimmabgabe niederschlagende Wahlabtendenz vom 19. November 1972 ist eindeutig und demonstriert eine Präferenz für den sozialdemokratischen Kandidaten (Tab. I).

Eine Einflußnahme der gemischten Stimmabgabe auf die personale Zusammensetzung des Parlaments zu seiner 7. Legislaturperiode ist also unverkennbar. Ob und wie weit das Splitting der sozialliberalen Regierungskoalition oder alternativ einer kleinen Koalition von Christdemokraten und Freien Demokraten auch zusätzliche Überhangmandate hätte einbringen und damit knappe Mehrheiten hätte stabilisieren können, bedarf weiterer Einzeluntersuchungen.

<sup>31)</sup> Alle WK-Angaben folgen dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis, veröffentlicht in: DAS PARLAMENT, Nr. 48, 25. Nov. 1972. Die am 2. Dez. 1972 vom Bundeswahlausschuß bekanntgegebene Korrektur bzgl. der Verteilung der Mandate auf die Länder wurde berücksichtigt.

Tab. I: Bundestagswahlen im WK 28: Hoya (NiSa.)

	1965			1969			1972		
	2.-St.	%	1.-St.	2.-St.	%	1.-St.	2.-St.	%	1.-St.
CDU	48 704	46,4	<b>48 804</b>	50 197	47,4	<b>48 762</b>	56 589	46,4	57 357
SPD	34 688	33,1	35 574	37 561	35,5	37 565	53 161	43,5	<b>57 585</b>
FDP	18 141	17,3	18 170	10 909	10,3	14 187	11 230	9,2	5 925



## 2. Hochburg und Burghoheit

Zunächst seien einmal jene Wahlkreise genannt, in denen das Splitting — bei noch so intensiver Werbung — per se für keine der beiden großen Parteien etwas hätte einbringen können. Das sind die sog. „Hochburgen“. Sie scheiden von vornherein aus. Als Hochburg (HB) einer Partei A seien nur solche Wahlkreise bezeichnet, in denen die Partei A aufgrund der abgegebenen Erststimmen die Mehrheitspartei stellt, auch wenn sämtliche Wähler der Partei C ihre Erststimmen geschlossen dem Kandidaten der zweitgrößten Partei B geben würden. Gleichzeitig muß der Begriff Hochburg aus der Tradition seiner Stammwählerschaft her verstanden werden. Hochburg einer Partei sollte deshalb nur jener Wahlkreis heißen, wo sich die uneinnehmbare Mehrheit mindestens dreimal hintereinander ununterbrochen wiederholte. Für eine tabellarische Übersicht der Hochburgen (Tab. II) wurden deshalb die aufeinander folgenden Wahljahre 1965, 1969 und 1972 berücksichtigt — und das mit gutem Grund: 1965 war ein Wahljahr mit hoher CDU-Präferenz der FDP-Wähler<sup>32)</sup>, im Wahlkampf 1969 stand die F.D.P. als einzige Oppositionspartei der damaligen Großen Koalition von CDU/CSU und SPD ‚gleichermäßen‘ oppositionell gegenüber und 1972 durften vor allem die konkurrierenden Sozialdemokraten von den liberalen Erststimmen profitieren. Nur die während *dieser wechselnden Fluktuationen* stabil gebliebenen und auch durch gemischte Stimmabgabe arithmetisch nicht zu erschütternden Wahlkreise sind echte Hochburgen. Ein Vergleich zeigt die günstigere Position der CDU/CSU (73) — insbesondere der CSU (31) — gegenüber den Sozialdemokraten (53).

Neben den traditionellen Hochburgen, die sich über Jahrzehnte als solche ausweisen, gibt es aber die wahlanalytisch viel interessanteren Wahlkreise, in denen sich viel häufiger ein Wechsel von absoluten zu relativen Mehrheiten abspielt. In einer Untersuchung<sup>33)</sup> wurden die Begriffe „extreme Hochburg“ und „empfindlicher Wahlkreis“ einander gegenüber gestellt. Für die folgende Darstellung, in der es um die spezifische Bedeutung des sog.

<sup>32)</sup> H. Jäckel a. a. O. S. 542: Untersuchungen zur verdeckten Parteipräferenz der FDP-Anhänger um das Jahr 1965 haben erkennen lassen, „daß der freidemokratische Wählerstamm eindeutig zu der Partei Erhards, Schröders und Gerstenmaiers tendiert“.

<sup>33)</sup> B. Vogel/R. O. Schultze a. a. O. S. 319.

Splittings geht, empfiehlt sich eher eine Differenzierung der 248 Wahlkreise in solche mit einer *stabilen Burghoheit* und solche mit einer *labilen Burghoheit*. Danach verfügt eine Partei A in einem Wahlkreis über eine stabile

Tab. II: Hochburgen im Bundeswahlgebiet  
(5.—7. Legislaturperiode)

Land	SPD	CDU/CSU
Schl. (WK 1—11)	1 <sup>34)</sup>	—
Hmb. (WK 12—19)	5 <sup>35)</sup>	—
NiSa. (WK 20—49)	3 <sup>36)</sup>	3 <sup>37)</sup>
Brem. (WK 50—52)	2 <sup>38)</sup>	—
NRhW. (WK 53—125)	24 <sup>39)</sup>	15 <sup>40)</sup>
Hess. (WK 126—147)	11 <sup>41)</sup>	2 <sup>42)</sup>
RhPf. (WK 148—163)	3 <sup>43)</sup>	4 <sup>44)</sup>
BaWü. (WK 164—199)	1 <sup>45)</sup>	18 <sup>46)</sup>
Bay. (WK 200—243)	3 <sup>47)</sup>	31 <sup>48)</sup>
Saar. (WK 244—248)	—	—
Summe II:	53	73

<sup>34)</sup> WK 6 (Kiel). — Im folgenden wird nur die amtliche WK-Nr. genannt, anhand der der Wahlkreis namentlich (vgl. z. B. DAS PARLAMENT v. 25. Nov. 1972) ermittelt werden kann.

<sup>35)</sup> 12; 16—19.

<sup>36)</sup> 36; 37; 48.

<sup>37)</sup> 26; 27; 32.

<sup>38)</sup> 51; 52.

<sup>39)</sup> 75; 82; 85—88; 90; 91; 97; 98; 100; 101; 104; 107; 110—118; 123.

<sup>40)</sup> 55; 56; 64; 79; 81; 83; 92—94; 96; 102; 106; 120—122.

<sup>41)</sup> 127; 128; 130; 132; 136; 139; 140; 142—145.

<sup>42)</sup> 134; 137.

<sup>43)</sup> 152; 158; 159.

<sup>44)</sup> 149; 151; 153; 154.

<sup>45)</sup> 179.

<sup>46)</sup> 170; 173—176; 183—188; 191—193; 196—199.

<sup>47)</sup> 205; 206; 231.

<sup>48)</sup> 200—203; 209—222; 225; 227; 232—237; 239—243.



Burghoheit (stab. BH), wenn ihr die Erststimmenmehrheit nicht durch eine Erststimmkombination der anderen beiden demokratischen Parteien B und C streitig gemacht werden kann. Dabei muß es sich nicht immer um traditionelle Hochburgen handeln; stabile

Mehrheiten werden bei jeder Wahl gewonnen und können woanders verlorengehen. Eine labile Burghoheit (lab. BH) behauptet dagegen eine Partei A dann, wenn zwar ihr Direktkandidat die meisten Erststimmen auf sich vereinigen konnte, aber durch einen intensiv genug befolgten Aufruf zur gemischten Stimmabgabe der kombinierte Erststimmensieg der anderen beiden demokratischen Parteien B und C durchaus möglich gewesen

Tab. III: Bundeswahlkreise, in denen 1972 eine Partei eine stabile Burghoheit erringen konnte

Land	SPD	CDU/CSU
Schl. (WK 1—11)	8 <sup>49)</sup>	—
Hmb. (WK 12—19)	8 <sup>50)</sup>	—
NiSa. (WK 20—49)	20 <sup>51)</sup>	3 <sup>52)</sup>
Brem. (WK 50—52)	3 <sup>53)</sup>	—
NRhW. (WK 53—125)	49 <sup>54)</sup>	16 <sup>55)</sup>
Hess. (WK 126—147)	19 <sup>56)</sup>	2 <sup>57)</sup>
RhPf. (WK 148—163)	6 <sup>58)</sup>	4 <sup>59)</sup>
BaWü. (WK 164—199)	7 <sup>60)</sup>	20 <sup>61)</sup>
Bay. (WK 200—243)	9 <sup>62)</sup>	31 <sup>63)</sup>
Saar. (WK 244—248)	3 <sup>64)</sup>	—
Summe III:	132	76

<sup>49)</sup> 1; 2; 5—7; 9—11.

<sup>50)</sup> 12—19.

<sup>51)</sup> 20—24; 29; 35—38; 40—49.

<sup>52)</sup> 26; 27; 32.

<sup>53)</sup> 50—52.

<sup>54)</sup> 54; 58—62; 67—73; 75; 76; 80; 82; 84—91; 97—101; 103—105; 107—119; 123—125.

<sup>55)</sup> 55; 56; 63; 64; 79; 81; 83; 92—94; 96; 102; 106; 120—122.

<sup>56)</sup> 126—133; 136; 138—147.

<sup>57)</sup> 134; 137.

<sup>58)</sup> 152; 156—159; 161.

<sup>59)</sup> 149; 151; 153; 154.

<sup>60)</sup> 164; 165; 168; 178—181.

<sup>61)</sup> 170; 173—176; 183—188; 191—199.

<sup>62)</sup> 204—207; 224; 226; 228; 230; 231.

<sup>63)</sup> Vgl. Tab. II.

<sup>64)</sup> 244; 245; 248.

Tab. IV: Bundeswahlkreise, in denen 1972 eine Partei eine labile Burghoheit erringen konnte

Land	SPD	CDU/CSU
Schl. (WK 1—11)	1 <sup>65)</sup>	2 <sup>66)</sup>
Hmb. (WK 12—19)	—	—
NiSa. (WK 20—49)	3 <sup>67)</sup>	4 <sup>68)</sup>
Brem. (WK 50—52)	—	—
NRhW. (WK 53—125)	3 <sup>69)</sup>	5 <sup>70)</sup>
Hess. (WK 126—147)	1 <sup>71)</sup>	—
RhPf. (WK 148—163)	3 <sup>72)</sup>	3 <sup>73)</sup>
BaWü. (WK 164—199)	5 <sup>74)</sup>	4 <sup>75)</sup>
Bay. (WK 200—243)	4 <sup>76)</sup>	—
Saar. (WK 244—248)	—	2 <sup>77)</sup>
Summe IV:	20	20

<sup>65)</sup> 8.

<sup>66)</sup> 3; 4.

<sup>67)</sup> 28; 33; 39.

<sup>68)</sup> 25; 30; 31; 34.

<sup>69)</sup> 53; 66; 78.

<sup>70)</sup> 57; 65; 74; 77; 95.

<sup>71)</sup> 135.

<sup>72)</sup> 148; 155; 160.

<sup>73)</sup> 150; 162; 163.

<sup>74)</sup> 166; 167; 169; 171; 177.

<sup>75)</sup> 172; 182; 189; 190.

<sup>76)</sup> 208; 223; 229; 238.



wäre <sup>78)</sup>. Die Tabelle III liefert einen Schlüssel zu den stabilen Burghoheiten, wie sie am 19. November 1972 von beiden großen Parteien errungen wurden. Im Gegensatz zur Verhältniszahl der Hochburgen kommt hier den Sozialdemokraten die günstigere Ausgangsbasis zu. — Dazu gehört die Tabelle IV mit den labilen Burghoheiten. Hier ist das Verhältnis ausgeglichen und beläuft sich für die beiden großen Parteien auf je 20 Wahlkreise. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die CSU in Bayern an keiner labilen Burghoheit „krankt“. Beide Gruppen gehören komplementär zusammen und bilden als Ganzes die 248 Wahlkreise im Bundesgebiet (Tab. V).

Tab. V: Gewonnene Direktmandate 1972

	SPD	CDU/CSU	Summe III/IV
stab. BH	132	76	208
lab. BH	<b>20</b>	<b>20</b>	<b>40</b>
Mandate	152	+ 96	= 248

Diese terminologischen und tabellarischen Vorarbeiten lassen ein erstes Zwischenergebnis erkennen: Obwohl der Kampf um die liberalen Erststimmen im gesamten Bundesgebiet geführt wurde, hätte er — bei der sozialen und politischen Struktur der Wählerschaft vom 19. November 1972 — allein nur in zwanzig Wahlkreisen Aussicht auf Wahlerfolg eines sozialliberalen Kandidaten gehabt (Tab. IV); die gleiche Erfolgszahl (20) wäre potentiell — stets vorausgesetzt, daß die Wählerschaft einer solchen Koalitionsbekundung gefolgt wäre — durch eine CDU-FDP-Kombination möglich gewesen (Tab. IV). Die selektiven Einflußmöglichkeiten des Splittings sind also — je nach den sozialen und politischen Voraussetzungen — geringer als man weithin annehmen mag.

Weit interessanter ist nun aber die Frage nach eventuellen Überhangmandaten, dem wichtigsten Ziel der Anhänger des Splitting-Gedankens. Wäre tatsächlich ein Mehr an sozialliberalen Sitzen am 19. November 1972 möglich gewesen? Und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen? Um dies zu beantworten,

bedarf es einer gesonderten Analyse des Wahlergebnisses.

### 3. Überhang im Saarland

Wie bereits hervorgehoben, werden nach § 6 BWG die WK-Mandate von der zustehenden Mandatszahl abgezogen, um die verbleibenden Rest-Mandate als LL-Mandate nominell zu bestimmen. Würde man nun — in einer rein theoretischen Berechnung — von den je Land verbliebenen LL-Mandaten einer Partei A die je Land durch ein liberales Stimmen-Splitting einnehmbaren labilen Burghoheiten der konkurrierenden Partei B abziehen, so ergäben sich für die Partei A überall dort zusätzliche Überhangmandate, wo ein Ausgleich *nicht mehr möglich* sein sollte (§ 6 Abs. 3 BWG).

Eine tabellarische Splitting-Analyse, bestehend aus der Struktur der WK- und LL-Mandate der CDU/CSU abzüglich der 20 labilen Burghoheiten der SPD, macht aber deutlich, daß eine imaginäre Koalition von Christdemokraten und Freien Demokraten unter den gegenwärtigen Voraussetzungen kein zusätzliches Überhangmandat hätte hinzugewinnen können (Tab. VI). Die Zahl der verbleibenden LL-Mandate ist beim Wahlergebnis vom 19. November 1972 für die CDU/CSU überdurchschnittlich groß.

Für die sozialliberale Koalition würde das Ergebnis der imaginären Mandatermittlung positiver aussehen: Von den fünf saarländischen Wahlkreisen wurden drei bereits durch ein dort höheres Erststimmenergebnis von der SPD direkt gewonnen, während die übrigen zwei an die CDU fielen. Ein viertes der SPD zustehendes Mandat wurde durch die saarländische Landesliste nominell bestimmt. Da aber die beiden von der CDU gewonnenen Wahlkreise *keine* stabilen Burghoheiten aufweisen, sondern durch einen z. T. nur geringfügig intensiveren Gebrauch der gemischten Stimmabgabe durch liberale Wähler ebenfalls von sozialdemokratischen Kandidaten hätten gewonnen werden können, so wäre hier *ein* Abgeordneter infolge mangelnder Ausgleichbarkeit als Inhaber eines zusätzlichen Überhangmandats in den Bundestag eingezogen (Tab. VII). Das liegt in diesem Fall an der beachtlichen Höhe der gewonnenen Direktmandate sowie an den diesmal knappen Mehrheitsverhältnissen im Saarland.

<sup>78)</sup> S. o. das WK-Beispiel Hoya 1972.



Tab. VI: CDU/CSU-Überhangmandate durch liberale Erststimmen?

Land	— Real —			— Imaginär —	
	Zustehende Mandate lt. 2.-Stimm.	∕ Direkt gewonnener WK-Mandate	Nach Ausgl. verbleibende LL-Mandate	∕ Zusätzl. lab. SPD-WK. e	Noch verbleibende LL-Mandate?
Schleswig-Holstein	9	2	7	1	6
Hamburg	5	—	5	—	5
Niedersachsen	27	7	20	3	17
Bremen	1	—	1	—	1
Nordrhein-Westfalen	61	21	40	3	37
Hessen	19	2	17	1	16
Rheinland-Pfalz <sup>79)</sup>	15	7	8	3	5
Baden-Württemberg	36	24	12	5	7
Bayern	48	31	17	4	13
Saarland	4	2	2	—	2
Summe VI:	225	= 96	+ 129	20	109

Tab. VII: SPD-Überhangmandate durch liberale Erststimmen?

Land	— Real —			— Imaginär —	
	Zustehende Mandate lt. 2.-Stimm.	∕ Direkt gewonnener WK-Mandate	Nach Ausgl. verbleibende LL-Mandate	∕ Zusätzl. lab. CDU/CSU WK. e	Noch verbleibende LL-Mandate?
Schleswig-Holstein	11	9	2	2	—
Hamburg	9	8	1	—	1
Niedersachsen	30	23	7	4	3
Bremen	3	3	—	—	—
Nordrhein-Westfalen	75	52	23	5	18
Hessen	23	20	3	—	3
Rheinland-Pfalz	14	9	5	3	2
Baden-Württemberg	28	12	16	4	12
Bayern	33	13	20	—	20
Saarland	4	3	1	2 (!)	-1 (!)
Summe VII:	230	= 152	+ 78	20	59 (+1)

<sup>79)</sup> Versehentlich waren für die CDU (RhPf.) — zugunsten der F.D.P. (LL Bay.) — ursprünglich nur 14 Mandate errechnet worden; vgl. auch Anm. 31.



Dieses abschließende Ergebnis beweist noch deutlicher: Durch ein genügend intensiviertes Splitting ist tatsächlich eine *verfassungskonforme* Einflußnahme auf die neu zu wählende Zusammensetzung des Parlaments möglich. Dieses Ergebnis beweist aber auch, daß diese Möglichkeiten in keinem Verhältnis zu den Erwartungen stehen, mit denen man das Splitting als wahltaktisches Mittel in Diskussionen, in der Presse und in der politischen Werbung bedacht hat. Dennoch wird die gemischte Stimmabgabe auch künftig von Bedeutung sein. Und wenn man die Erststimmen-Verhältnisse in den beiden in Frage kommenden saarländischen Wahlkreisen überprüft (Tab. VIII), dann kann man erkennen, wie eng beieinander hier imaginäres und reales Wahlergebnis liegen. Es hätte hier nur weniger zusätzlicher <sup>45)</sup> „über Kreuz“ gesetzter Erststimmen bedurft:

<sup>80)</sup> In WK 246: 3460 + 1, in WK 247: 1497 + 1 liberale Erststimmen (Auch diese Zahlen basieren auf dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis).

Tab. VIII: Erststimmen-Verhältnis  
in WK 246 und 247

WK 246: Saarlouis

— Gewählt: Schmitt, J. (CDU)

(1.) CDU: <b>72 066</b> (= lab.)	(2.) SPD: 68 606
(2.) SPD: 68 606	(3.) FDP: <b>5 595</b>
(3.) FDP: 5 595	<b>74 201</b>

WK 247: Ottweiler

— Gewählt: Zeyer, W. (CDU)

(1.) CDU: <b>72 787</b> (= lab.)	(2.) SPD: 71 290
(2.) SPD: 71 290	(3.) FDP: <b>4 812</b>
(3.) FDP: 4 812	<b>76 102</b>

Tabelle IX mag diese imaginäre Sitzverteilung im Parlament verdeutlichen:

Tab. IX: Parlamentarische Sitzverteilung bei SPD-Erfolgen im WK 246 und 247

Lt. Wahlergebnis (real)		Bei weiter reichendem liberal. Splitting i. WK 246 u. 247 (imaginär)	
CDU WK	65	65 - 2 (lab. CDU-WK.e 246 u. 247)	= 63
LL	112	112 + 2 (CDU LL Saar.)	= 114
CSU WK	31		31
LL	17		17
225		225	
SPD WK	152	152 + 2 (WK 246 u. 247)	= 154
LL	78	78 - 1 (SPD LL Saar.)	= 77
FDP LL	41		41
271		271 + 1	
Insges.:	496	496 + 1	



Alle dargestellten Überlegungen bauen ganz bewußt auf einer pragmatischen Verfügbarkeit und Einsetzbarkeit der *liberalen* Erststimmen auf. Allein aus der Tatsache, daß in der gegenwärtigen Situation ausschließlich Sozialdemokraten und die Unionsparteien mit realen Erfolgsaussichten um die 248 Wahlkreise (Erststimmen) konkurrieren können, resultiert die zunehmende Diskussion um eine Neu-

orientierung der F.D.P.-Wähler bei der Abgabe ihrer Erststimme. Es ist deshalb wenig sinnvoll, ähnliche Überlegungen für das Wahlverhalten bei den Wählern der beiden großen Parteien vorzunehmen; solche Überlegungen<sup>81)</sup> haben abstrakten Charakter und gehen an der politischen Realität, an der „Kunst des Möglichen“ vorbei.

### III. Aspekte künftiger liberaler Wahlpolitik

#### 1. Die Rückbesinnung auf Naumann

„... die Logik, die Tatsachen, sie werden dahin führen, daß die neue Bewegung des wachsenden Massenvolkes, zusammengesetzt aus heutigem *Liberalismus* und *Sozialdemokratie*, im Laufe des nächsten Jahrzehntes unter dem Druck von Zentrum und Konservativen sich zusammenfindet: ihr habt den Staat nun lange genug geleitet, und wir haben“ — heißt es dann — „nun lang genug darum gelitten!“<sup>82)</sup>. Diese Worte Naumanns, vor rund 70 Jahren ausgesprochen, scheinen sich erst in der jüngsten Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland zu erfüllen. Eine sinnvolle Ergänzung von liberalen und sozialdemokratischen Kräften im Geiste Naumanns vollzog sich erst im Wagnis der 1969 gebildeten sozial-liberalen Koalition. Naumanns Worte bestätigen sich einmal mehr in dem Bekenntnis beider Parteiführer, erst in dieser Koalition einen fairen und toleranten Partner<sup>83)</sup> gefunden zu haben.

Aus der fast sensationellen Tatsache, daß die Sozialdemokraten trotz eines hohen Kapitaleinsatzes ihrer Gegner im Wahlkampf aus den Reichstagswahlen von 1903 als einzige Partei mit wirklich überdurchschnittlichem Mandatszuwachs hervorgingen<sup>84)</sup>, bestärkte sich bei Naumann bereits damals die Auffassung, daß keine politische Kraft an den Grundforderungen der Sozialdemokratie vorbeiregieren dürfe. In diesem ersten Jahrzehnt entwickelte sich bei Naumann ein politisch-programmatisches Wunschbild, das in der Formel „von Bassermann bis Bebel“ in seinen Reden und Schriften immer wiederkehrte<sup>85)</sup> — eine parlamentarische Konstellation, die 1912 zumindest arithmetisch möglich gewesen wäre, aber politisch nicht zustande kam<sup>86)</sup>.

Aus kritischer Sicht des Historikers sind dem parteipolitischen Liberalismus in seiner über hundertjährigen Geschichte eine Reihe von „Fehleinschätzungen“, „Fehlentscheidungen“ und „Fehlentwicklungen“ vorgeworfen wor-

<sup>81)</sup> Vgl. z. B. G. Wagner: Ein Machthebel des Bürgers. Was hätte ein Splitting zur Folge?, in: DIE ZEIT, 17. Nov. 1972, S. 5. Der Autor weist dort — in der Sache völlig richtig — die Möglichkeit sozialdemokratischer Überhangmandate für die Länder Hamburg und Bremen nach. Die Voraussetzung für diesen Gewinn besteht jedoch darin, daß diese Wahlkreise wieder direkt von der SPD gewonnen werden, daß aber die Zweitstimmen der SPD-Wähler möglichst geschlossen der FDP und damit ihrer Landesliste zugute kommen würden. Aufgrund vieler Faktoren (z. B. Mangel an breiter Aufklärung; Immobilität in gewachsenen Sozialstrukturen usw.) ist aber eine solche Entwicklung historisch undenkbar.

<sup>82)</sup> F. Naumann: Liberalismus, Zentrum u. Sozialdemokratie (Vortrag, 1903), in: F. N., Werke, 4. Bd., bearb. v. Th. Nipperdey u. W. Schieder, Köln/Opladen 1964, S. 31.

<sup>83)</sup> Für die politische Zusammenarbeit auf dem Koalitionsgipfel gebrauchte Scheel am Tage der Vertrauensfrage sogar die Vokabel ‚kameradschaftlich‘.

<sup>84)</sup> F. Naumann: Das allgemeine Wahlrecht (1904), in: F. N., Werke, 5. Bd., bearb. v. A. Milatz, Köln/Opladen 1964, S. 331: „Die Reichstagswahlen brachten viele Enttäuschungen. Man hatte sich Mühe gegeben, gearbeitet, Geld gezahlt, Nächte geopfert, war der Masse soweit entgegengekommen als irgend möglich, und dann hatte die Masse doch den Sozialdemokraten gewählt ...“. — Man beachte auch die interessante Parallele zum Bundestagswahlkampf 1972!

<sup>85)</sup> Vgl. z. B. F. Naumann: Die Leidensgeschichte d. deutschen Liberalismus (1908), in: F. N., Werke, 4. Bd. a. a. O., S. 298 f.

<sup>86)</sup> Die Nationalliberalen, die Linksliberalen und die Sozialdemokraten verfügten seit dem 12. Jan. 1912 zusammen über eine Mandatsmehrheit von 195:151. Doch der Naumannsche Gedanke einer linken Reformmehrheit von Bebel bis Bassermann wurde von allen drei Parteileitungen abgelehnt (Näheres vgl. bei G. U. Scheideler: Parlament, Parteien u. Regierung i. Wilhelminischen Reich 1890—1914, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, B 12/71 v. 20. März 1971. S. 24.



den<sup>87)</sup>. Seitdem sich nun die Liberalen — nach dreijähriger Opposition — im Bundestagswahlkampf 1969 zum größten Teil ihrer Repräsentanten als progressive Partei dem Wähler vorzustellen versuchten — „Wir schneiden die alten Zöpfe ab!“ — und mit der Vorlage der Freiburger Thesen im Oktober 1971 die Neuorientierung auch programmatisch vornahmen, kann wieder von einer Rückbesinnung auf die politischen Intentionen Naumanns gesprochen werden. Die Gefahr des Verkümmerns zu einem bloßen Wahlverein „ohne echte Zukunftsperspektive“<sup>88)</sup> und ohne wirklich politische Resonanz<sup>89)</sup> scheint durch den jüngsten Konsolidierungsprozeß gebannt zu sein. — Auch diese neu eingeleitete Entwicklung der Liberalen zurück zur wirklichen Mitte des parteipolitischen Spektrums wurde bereits von Naumann vorgezeichnet: „Der Liberalismus im ganzen wird zur *Mittelpartei* zwischen einer klerikalkonservativen Macht und einer radikalen sozialdemokratischen Opposition.“<sup>90)</sup>

## 2. Die neue Mittel- und Mittler-Position

In einer Untersuchung aus den fünfziger Jahren rechnete K. Schütz mit einer Entwicklung zum „Zwei-Block-System“, das sich gewissermaßen dem Mehrparteiensystem überlagern würde<sup>91)</sup>. In einer späteren Analyse prägte F. Erbe den Begriff des „Zwei-Kräfte-Systems“, in dem zwar die kleinen Parteien mitwirkten, in dem jedoch jeweils eine der beiden großen Parteien die Führung innehaben werde<sup>92)</sup>. Nach dem Konzentrationsprozeß durch die Bundestagswahlen von 1965 sprach dann D. Sternberger wenn nicht von einem Zweiparteien-, so doch von der Tendenz zu einem „zweipoligen Parteiensy-

stem“<sup>93)</sup>. In diese Polarisierungsthematik gehört auch das Modell J. Raschkes, in dem sich die verschiedenartigsten Programmforderungen dualistisch gegenüberstehen und sich mit fast zeitloser Gültigkeit einer einheitlichen „Links“- oder „Rechts“-Position zuordnen lassen<sup>94)</sup>.

Für die F.D.P. als „dritte Kraft“ waren und sind diese Polarisierungstendenzen eher negativ als positiv. Die Stimmenverluste der vergangenen Jahre sind zu einem Teil im Phänomen der politischen Polarisierung zu erkennen. Neben der Gefahr eines natürlichen Stimmenverlustes ist aber die noch größere Gefahr eines künstlichen Stimmengewinnes zu nennen. Wieweit ein solcher „künstlicher“ Stimmenzuwachs überhaupt vorliegt<sup>95)</sup>, werden spezielle Wahl-Analysen zu zeigen haben. Zumindest sei hier aber an die für eine souveräne Programmbehauptung kritisch gewordene Situation der liberalen Mittelparteien in der Schlußphase der Kaiserzeit erinnert<sup>96)</sup>.

Um dem gegenwärtigen Polarisierungsgeschehen entgegenzuwirken, streben die Liberalen — heute mehr denn je — programmatisch und publizistisch zu einer Demonstration ihrer eigenständigen Substanz in der von Polarisierung bestimmten Zweidimensionalität unserer politischen Gegenwart. Ein beredtes Beispiel

<sup>93)</sup> Zit. b. B. Vogel/R. O. Schultze, a. a. O., S. 298.

<sup>94)</sup> J. Raschke: Parteien, Programme u. ‚Entideologisierung‘. Zur Analyse v. Parteiprogrammen, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, B 8/70, v. 21. Febr. 1970.

<sup>95)</sup> Hier sei noch einmal daran erinnert, daß sich die FDP in Wahl-Anzeigen zum Bundestagswahlkampf 1972 auch an Stammwähler der SPD wandte: „Falls Sie Ihre Erststimme einem Kandidaten der SPD geben: Denken Sie daran, daß es die SPD alleine niemals schafft. Nur Ihre Zweitstimme für die FDP sichert den Fortbestand der Regierung Brandt/Scheel“ (in: DIE ZEIT, 17. Nov. 1972, S. 5).

<sup>96)</sup> Gegen Ende des Kaiserreichs besaßen die liberalen Mittelparteien — im Gegensatz zu Zentrum, Konservativen und Sozialdemokraten — keine eindeutigen Hochburgen mehr. Ihre Mandatsgewinne verdankten sie fast ausschließlich der Tatsache, „daß sie in Stichwahlen sowohl von links als auch von rechts als kleineres Übel gegen die Kandidaten der rechten bzw. linken Flügelparteien unterstützt wurden. Dieser Vorteil hatte allerdings auch ihren politischen Manövrierraum ... entscheidend begrenzt“ (G. A. Ritter: Kontinuität u. Umformung d. deutschen Parteiensystems 1918—1920, in: Entstehung u. Wandel d. mod. Gesellschaft. Festschrift. f. H. Rosenberg, hg. v. G. A. Ritter, Berlin 1970, S. 375). In der Hauptwahl von 1912 z. B. wurden nur 3 Nationalliberale gewählt. Erst nach dem 2. Wahlgang waren — aufgrund von Stichwahlhilfe — insgesamt 45 Nationalliberale und 42 Linksliberale im neuen Reichstag vertreten!

<sup>87)</sup> D. Düding: Liberale Konsequenz, in: liberal, 14. Jg., H. 10, Okt. 1972, S. 703.

<sup>88)</sup> Ebd. S. 704.

<sup>89)</sup> In einem kritischen Vortragstext heißt es essayistisch über die FDP der fünfziger und frühen sechziger Jahre, daß „Böll wie auch Grass schließlich weit mehr Resonanz in der Welt (sc. finden), als selbst der Freien Demokratischen Partei bis heute gelungen ist, sieht man von Döring ab, der nicht mehr lebt“ (U. Sonnemann: Die Einübung d. Ungehorsams i. Deutschland (= rororo aktuell Bd. 687), Reinbek b. Hamburg 1964, S. 101).

<sup>90)</sup> F. Naumann: Leidensgeschichte d. dt. Liberalismus, a. a. O., S. 296.

<sup>91)</sup> Vgl. N. Diederich: Empirische Wahlforschung. Konzeptionen u. Methoden i. international. Vergleich, Köln/Opladen 1965, S. 156.

<sup>92)</sup> Ebd. S. 157.



für diese Suche nach der dritten, der Mittel-Position zeigt sich etwa in den programmatischen Bemühungen des freidemokratischen Generalsekretärs: „Wenn wir zwischen konservativer Erstarrung und sozialistischer Utopie nicht einen *dritten* Weg der liberalen Gesellschaftsreform aufzeigen würden, dann müßte dieses Land in eine Periode unerträglicher politischer Polarisierung geraten mit allen unheilvollen Folgen für die Liberalität, Humanität und für den Bestand dieser Demokratie — und, was nicht alle begreifen, auch für den Bestand der Wirtschaft . . .“<sup>97)</sup> Exponierter und effektiv verkürzt formuliert das eine im Bundestagswahlkampf 1972 eingesetzte Broschüre, die die Handschrift eines Werbetexters verrät: „Zwei Parteien sind wie ein Zweieck — im Grunde ein Unding: Der Bürger hat nur noch die Wahl zwischen Schwarz und Rot . . . Darum muß das Zweieck zu einer richtigen geometrischen Figur ausgebaut werden. In einem *Dreieck* ist Platz für ausgewogene Lösungen, für vernünftige Kompromisse.“<sup>98)</sup>

Für die gegenwärtige Epoche der gesetzgeberischen Aufgaben scheint sich diese neue Mittel- und Mittler-Position der Liberalen ihren neu formulierten Freiburger Intentionen nach wirkungsvoller in einer sozial-liberalen Koalition verwirklichen zu können. Von dieser Konstellation erwarten ihre kritischen Befürworter eine „mäßige, systemimmanente Reform“<sup>99)</sup> und eine „Demokratisierung aller menschlichen Lebensräume“<sup>100)</sup>.

### 3. Eine neue Bestimmung der Erststimmen?

Mit dem Bundestagswahlergebnis vom 19. November 1972 wurde die F.D.P. vom Wähler als dritte politische Kraft bestätigt. Die Liberalen gewannen über 3,1 Millionen Zweitstimmen und konnten dadurch die Zahl ihrer Mandate um etwa ein Drittel vergrößern. Indem nun diese reformierte F.D.P. die Position der entideologisierten Mitte als *stabilisierender* Fak-

tor<sup>101)</sup> für sich beansprucht und diese eigenständige Position gegenüber dem Antagonismus der beiden größeren Parteien<sup>102)</sup> politisch behauptet, bleibt die Frage nach einer *neuen* — nun aus dem neu erworbenen Spielraum echter Mitte und wirklicher Unabhängigkeit resultierenden — Bestimmung der liberalen Erststimmen von unverändert gültiger Aktualität. Denn als stabilisierender Faktor werden die Liberalen auch künftig eine „Mitte-Links“- oder eine „Mitte-Rechts“-Koalition parlamentarisch zu tragen haben. Entsprechend wird sich für den liberalen Wähler jedesmal die Möglichkeit oder — bei Erwartung knapper Mehrheitsverhältnisse, bei einem sog. ‚Kopfan-Kopf-Rennen‘ — die Notwendigkeit ergeben, aus dieser Mittel-Position heraus den ‚liberalen‘ Partner wahlpolitisch zu stützen.

Die größten Hindernisse für eine *funktionsgerechtere* Ausschöpfung dieses Stimmenpotentials liegen vor allem im Mangel an politischer, hier insbesondere wahlssystemtechnischer Aufklärung. Das betrifft aber die konsistenten Wähler anderer Parteien ebenso wie die sog. Wahlabstinenten. Nur dieser allgemein mangelnden Informiertheit ist es anzulasten, wenn vor zehn Jahren ein liberaler Direktkandidat — wissend um die Aussichtslosigkeit seiner Wahlkreis-Chancen — direkt kandidieren mußte (Linke Spalte des Stimmzettels: Erststimme!), um nur so mehr Zweitstimmen (Entsprechende Spalte rechts!) für die Landesliste seiner Partei gewinnen zu können<sup>103)</sup>.

Was hier not tut, ist „angewandte Aufklärung“<sup>104)</sup>, die die elementaren Grundlagen un-

<sup>97)</sup> K.-H. Flach: Die Zukunft der Liberalen (Rede a. d. Bundesparteitag d. F.D.P. v. 25.—27. 10. 1971 i. Freiburg), top-information, hg. v. LV NRW d. FDP, S. 4 (auch in: liberal, 13. Jg., H. 11, Nov. 1971, S. 804—813).

<sup>98)</sup> Kleine Lehrstunde in politischer Geometrie, in: Vorfahrt für Vernunft. Mehr F.D.P. nach Bonn, hg. v. FDP-Landesverband NRW, Düsseldorf o. J. (1972). Gestaltung: Markt + Meinung (ohne Paginierung).

<sup>99)</sup> G. Gauss: Das Gleichgewicht der Ohnmächtigen, in: DER SPIEGEL, 24. Jg., Nr. 26, 22. 6. 1970, S. 24.

<sup>100)</sup> D. Düding, a. a. O., S. 713.

<sup>101)</sup> So etwa R. Zundel: „Die F.D.P. hat eine Mittel- und Mittlerposition. Über viele Jahre hinweg hat sie CDU-Regierungen stabilisiert — so lange, bis die SPD den Weg von der ideologischen Außen-seiterposition zur *Mitte* gefunden hatte“ (Ein Platz i. d. Mitte. Die F.D.P. — unersetzlich i. d. Palette der Parteien, in: DIE ZEIT, 27. Jg., 27. Okt. 1972, S. 1).

<sup>102)</sup> CDU und CSU hier zusammen genommen.

<sup>103)</sup> In einer Untersuchung zum Bundestagswahlkampf von 1961 im Wahlkreis 131 (Marburg) heißt es: „Der Marburger Bürgermeister Gerhard Daub, der für die FDP kandidierte, war sich über die Aussichtslosigkeit seines eigenen Wahlkampfes von Anfang an im klaren. Für ihn ging es lediglich darum, für die FDP-Landesliste genug Stimmen zu sammeln, um die Mehrheit der CDU zu brechen . . .“ (D. Schoenbaum: Ein Wahlkreis wählt ‚verkehrt‘, in: Zur Soziologie d. Wahl, hg. v. E. K. Scheuch u. R. Wildenmann, Köln/Opladen o. J. [1965], S. 321).

<sup>104)</sup> Nach einem Titel von R. Dahrendorf: Die angewandte Aufklärung. Gesellschaft u. Soziologie i. Amerika (= Fischer Bücherei Bd. 901), Frankf. a. M./Hamb. 1968.



seres Wahlsystems — „Hochburg“, „empfindlicher Wahlkreis“, „Landesliste“, „Direktkandidatur“ u. a. — von ihrer funktionellen Bedeutung her tiefer ins allgemeine Bewußtsein einbringt. Bei Würdigung der sozialen Struktur und mehrheitswahlrechtlichen Konzeption in den Bundeswahlkreisen würde eine solche Aufklärung die liberale Erststimme in ihrer gegenwärtigen Bedeutung als *Ersatzvotum* klar erkennen lassen <sup>105</sup>).

In dieser ihrer Funktion als Ersatzvotum sollte die liberale Erststimme aber nicht qualitativ unterbewertet werden. Ihr kann nämlich eine ganz neue, gewissermaßen eine Signal-Funktion zuwachsen: Bisher wurde das Splitting durch liberale Wähler besonders unter dem Aspekt der „Wahlhilfe“ bedacht und in diesem Sinne von einigen liberalen Wählerinitiativen auch öffentlich motiviert <sup>106</sup>). Ebenso kann und muß die gemischte Stimmabgabe als ein Signal für *diese* oder *jene* Koalitionsbildung nach der Wahl betrachtet werden. Denn freie Koalitionsbekenntnisse vor der Wahl oder gar feste Wahlabsprachen bedürfen der „Ratifikation“ <sup>107</sup>) durch den Wähler im Wahlakt. Hier käme den liberalen Wählern — ohne jegliche Systemänderung, ohne eine Torpedierung „liberaler Demokratie“ durch „totalitäre Demokratie“ <sup>108</sup>) — ein wesentliches Stück Mitbestimmung zu: Sie würden ‚*uno actu*‘ ihre Partei ins Parlament wählen (Zweitstimme) und den künftigen Koalitionspartner (A oder B) durch die Mehrzahl ihrer abweichenden Personalstimmen (Erstimmen) bereits maßgeblich festlegen und damit mitbestimmen können!

Eine solche über die bloß arithmetische Zusammensetzung des Parlaments hinausgehende Bedeutung der Wahlen hat z. B. G. Leibholz — wenn auch aus einem etwas anderen Blickwinkel — überzeugend gefordert:

---

<sup>105</sup>) Für die liberalen Erststimmen im personalisierten Verhältniswahlrecht gilt das, was für liberale Wahlbürger bei einem reinen Mehrheitswahlrecht insgesamt gelten würde; vgl. H. Jäckel: Auswirkungen einer Wahlrechtsreform, a. a. O., S. 542: „... in diesem Falle würden die Freien Demokraten in praktisch allen Wahlkreisen aussichtslos und hoffnungslos im Rennen liegen. Der Impuls zum Ersatzvotum wäre damit ausgelöst, und zwar für eine Wählerschicht von noch immer beachtlichem und unter Umständen wahlentscheidendem Ausmaß.“

<sup>106</sup>) S. o. den Abschnitt I, 1 (4).

<sup>107</sup>) Vgl. H. Unkelbach: Grundlagen d. Wahlsystematik. Stabilitätsbedingungen d. parlamentarischen Demokratie, Göttingen 1956, S. 70.

<sup>108</sup>) Vgl. Y. L. Talmon: Die Ursprünge d. totalitären Demokratie, Köln/Opladen 1961, passim.

„Im September 1953 haben die ‚Wähler‘ und nicht die Parteien die maßgebliche Entscheidung über die zukünftige Zusammensetzung der Regierung in der Bundesrepublik getroffen. Und ich meine, daß im Grunde genommen in einem funktionierenden demokratischen Parteienstaat auch unter dem Verhältnissystem die Wahlen zutiefst gerade diese zusätzliche Funktion zu erfüllen haben.“ <sup>109</sup>) Folgerichtig formuliert der frühere Richter am Bundesverfassungsgericht: „Im demokratischen Parteienstaat sollen die Wahlen den Charakter einer Plebiszits annehmen ...“ <sup>110</sup>).

Bei einer weiteren Zunahme der Polarisierung und des allgemeinen Interesses an dem wichtigsten politischen Entscheidungsgremium (die Wahlbeteiligung am 19. November 1972 betrug 91,2 %) werden die Liberalen als die dritte Kraft und in ihrer entscheidenden Position als Mittler und Vermittler auch künftig wohl zu eindeutigen Koalitionsaussagen vor der Wahl verpflichtet sein. Eine eindeutige Koalitionsaussage, wie sie von den Liberalen in dem fest verankertem Polarisierungsgefüge vor dem 19. November 1972 gemacht wurde, scheint gewissermaßen zu einer neuen parlamentarisch-demokratischen Tugend zu werden <sup>111</sup>).

Das Splitting als Wahlakt, seine assistierende und ratifizierende Funktion in der Erststimme, ist das wahltaktische Medium und konsequente Analogon einer solchen Politik der vorweggenommenen Koalitionsaussage. Allerdings bleibt abzuwarten, wieweit die liberalen Wähler, besonders der altliberale Stamm, sich nicht nur mit einer vorzeitigen Beantwortung der Koalitionsfrage identifizieren, sondern diese Antwort selbst handelnd mitvollziehen — durch Erststimmen-Abgabe für *diesen* oder *jenen* künftigen Partner. Die mit jeder Legislaturperiode zunehmende Zahl der liberalen splitting voters deutet auf zunehmende Resonanz hin. Wahlsoziologische und -motivanalytische Studien werden aber zeigen müssen, wieweit dieses Phänomen der Doppelwahl durch Be-

---

<sup>109</sup>) G. Leibholz: Strukturprobleme d. mod. Demokratie, Karlsruhe 3./1967, S. 58 f.

<sup>110</sup>) Ebd. S. 59.

<sup>111</sup>) So etwa wurde es in einem Periodikum der Liberalen vor der Wahl verkündet: „Es heißt, aus der Not eine Tugend zu machen, wenn die Freien Demokraten ihren Wählern schon vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses verbindlich sagen, daß sie — sofern die Wahl das ermöglicht, woran Sie nicht zweifeln — die Koalition mit den Sozialdemokraten Willy Brandts fortsetzen werden“ (R. Schroers: Die liberale Koalition, in: liberal 14 [1972], H. 8/9, S. 626).



griffe wie „Wahlverwandtschaft“<sup>112)</sup> oder „Wahlverbund“<sup>113)</sup> wertfrei beschrieben werden kann. Vorsorglich haben liberale Wählerinitiativen, die das Splitting 1972 propagierten, beruhigend hinzugefügt, „Stimmenspaltung bedeute nicht gleich Bewußtseinspaltung“<sup>114)</sup>. Vielleicht wird man die erste grobe Pionierarbeit zum weiteren Abbau von Vorurteilen auch hier wieder von Werbetextern erwarten dürfen — etwa in ironischer Abwandlung einer bekannten Werbeparole: „Ihr Stimmzettel hat zwei gute Seiten: Eine zum Helfen (cf. Erststimme) und eine zum Gewinnen (cf. Zweitstimme) . . .“?

#### 4. Wähler und Gewählte in der mobilen Demokratie

Der zunehmende Gebrauch der gemischten Stimmabgabe bei Bundestagswahlen hängt — unter einem allgemeineren Aspekt betrachtet — eng zusammen mit der allmählichen Entwicklung von einem Weniger zu einem Mehr an innergesellschaftlicher Mobilität. Die Liberalen haben es verstanden, sich während ihrer Erneuerungsphase in der parlamentarischen Opposition der gesellschaftlichen Problematik in der unfertigen Demokratie geistig zuzuwenden. Paradigmatisch sei hier etwa auf eine Bundestagsrede des Vorsitzenden der damals oppositionellen Liberalen verwiesen: „Die Bundesrepublik hat seit 20 Jahren eine demokratische Verfassung. Das Grundgesetz aber ist — wer wüßte das besser als wir — noch keine gesicherte Verfassungswirklichkeit. Wir leben im Zustand einer *unvollendeten* Demokratie.“<sup>115)</sup> Mit ähnlichen Worten beschrieb damals auch der Liberale Dahrendorf das neu zu gestaltende Verhältnis der Liberalen zur gesellschaftlichen Entwicklung: „Aber wir werden den Anspruch stellen und damit den Versuch unternehmen, das Gefängnis der *Immobilität* aufzubrechen“<sup>116)</sup> . . . „Es ist nicht so,

daß die Welt in Bewegung gesetzt ist und wir ihr traurig und etwas verlegen nachblicken müssen, sondern *wir* wollen die Welt in *Bewegung* bringen und in *Bewegung* halten.“<sup>117)</sup> Solche und ähnliche Ansätze sind ein Zeugnis für den Versuch, aus der Opposition heraus die bereits schon von Naumann erkannte „strukturelle Schwäche des Liberalismus“ — „nämlich die mangelnde Fähigkeit, sich realpolitisch einer Entwicklung anzupassen“<sup>118)</sup> — zu überwinden.

Wieweit das in der Diskussion immer wiederkehrende Phänomen der gemischten Stimmabgabe und die sich dahinter verbergende politische wie letztlich auch gesellschaftliche Problematik ein Gegenstand ist, den die Liberalen auch als offizielle Parteiorganisation realpolitisch in den Griff bekommen sollten, ganz gleich in welchem Sinne und mit welcher Zielsetzung — das kann hier nicht weiter untersucht werden und muß der parteiinternen und allgemeinen demokratischen Entwicklung vorbehalten bleiben.

Zum Abschluß sollten aber doch die Faktoren expliziert werden, die vielleicht einmal wahlpolitisch von Bedeutung sein könnten in jenem Entwicklungs- und Wandlungsprozeß, in dem sich die Liberalen als Parteiorganisation dem Splitting als einem von liberalen Wählern bevorzugten Mittel gegenübersehen.

Da ist als erstes der Faktor ‚Öffentliche Meinung‘ zu nennen. Daß gerade sie ein bedeutendes Fundament für die gesellschaftliche Mobilität und damit für neue Verhaltensformen darstellt, liegt an ihrer über die Gegenwart hinausweisenden Struktur: Nach einer neueren Definition wurde sie bestimmt als die „Widerspiegelung des gesellschaftlich bewußten Sichverhaltens und Strebens; (sc. sie) ist Faktor gesellschaftlicher Entscheidungen und reflektiert bereits *potentielle, künftige* Entwicklungen“<sup>119)</sup>. Als für die Liberalen besonders günstig dürfte hier das ihnen oft nachgesagte positive, fast partnerschaftliche Ver-

<sup>112)</sup> So bei N. Diederich, a. a. O., passim.

<sup>113)</sup> So bei R. Zundel: Liebe auf den zweiten Blick. Die Freien Demokraten müssen ihre vielen Sympathisanten jetzt zu Wählern machen, in: DIE ZEIT, 27. Okt. 1972, S. 3.

<sup>114)</sup> H. Eich: In der Familie (Kommentar), in: GA, 14. Nov. 1972, S. 2.

<sup>115)</sup> W. Scheel: Plädoyer für die neue Generation — Mut zur neuen Politik (= Rede v. 30. 4. 1968 i. Deutschen Bundestag i. d. Debatte z. d. Osterunruhen), Bonn o. J.

<sup>116)</sup> R. Dahrendorf: Politik d. Liberalität statt Bündnis d. Unbeweglichkeit (= Rede z. 19. Bundesparteitag d. F.D.P. i. Freiburg am 30. 1. 1968), Bonn o. J., S. 1 (auch in: liberal, 10. Jg., 1968, S. 84 ff.).

<sup>117)</sup> Ebd. S. 8.

<sup>118)</sup> D. Düding a. a. O. S. 709.

<sup>119)</sup> H. Koschwitz: Begriff u. Funktion d. ‚öffentl. Meinung‘ i. bürgerlichen u. sozialist. Gesellschaftssystem, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, B 13/71, v. 27. 3. 1971.



hältnis zum Phänomen der öffentlichen Meinung zur Geltung kommen<sup>120)</sup>.

Für eine offizielle Förderung der gemischten Stimmabgabe durch die Parteiorganisation — ganz gleich, welche der beiden polarisierenden Parteien in dem einen oder anderen Wahlakt der Begünstigte sein würde — dürften aber auch Gefahren lauern. Denn: „Die Publizistik setzt öffentliche Meinung frei, die latent vorhanden ist; sie kann (sc. aber) auch das Gegenteil bewirken, indem sie ein Tabu zu *früh* bricht.“<sup>121)</sup> Exemplarisch erinnert von Hentig hier an K. Jaspers, der sich seinerzeit gegenüber der offiziellen Wiedervereinigungsthese für eine Rangfolge 1. „Freiheit für die Zone“ und 2. „Nationale Einheit“ eingesetzt hatte<sup>122)</sup>. Zweifellos war dieser radikalliberale Gedanke<sup>123)</sup> Jaspers richtig, aber die Öffentlichkeit dafür noch nicht reif; sie quittierte ihn damals mit einem einstimmigen Aufschrei.

Eine andere Gefahr im Spannungsfeld der öffentlichen Meinung würde den Liberalen von seiten der jeweiligen Oppositionspartei drohen, und zwar stets dann, wenn jene die Verfassungskonformität der gemischten Stimmabgabe „übersieht“ und die berechnete und legale Anwendung des Splittings in seiner assistierenden und ratifizierenden Funktion verkennt. Für eine solche Beeinflussung der öffentlichen Meinung zuungunsten der Liberalen hat der Bundestagswahlkampf 1972 zahlreiche Beispiele geliefert<sup>124)</sup>. Der für die Libe-

ralen dennoch positive Ausgang dieser Wahlen bestätigt aber auch wiederum die Ergebnisse der empirischen Kommunikationswissenschaft, daß kollektive Verhaltensmuster durch gezielte Kommunikationsimpulse nicht willkürlich verändert werden können<sup>125)</sup>. Den sichersten Weg für einen offiziellen Ausbau des Splittings als ein plebiszitäres Wahlverhalten in der mobilen Demokratie hat aber wohl C. J. Friedrich beschrieben. Die eventuelle Auswirkung einseitiger Bewertungen werde durch eine größere Informationsdichte vermindert: „Ich glaube, es ist möglich, darauf eine Antwort zu geben. Sie ist sehr einfach: Das Mittel gegen Propaganda ist mehr Propaganda. Die eigentliche Gefahr der Propaganda in jedem Bereich ist, daß es ihrer nicht genug gibt, d. h. daß nicht genug verschiedene Gesichtspunkte propagandistisch zur Geltung kommen. Das ist am schlimmsten dann, wenn nur einer, der monopolistisch verwaltet wird, übrigbleibt.“<sup>126)</sup> Bei einer gut fundierten Aufklärungsarbeit würde die gemischte Stimmabgabe danach nichts Nachteiliges im Spannungsfeld der öffentlichen Meinung zu befürchten haben. Vielmehr könnte das Splitting, bereits mit jeder erneuten Wahl ohnehin schon vermehrt praktiziert, wahltaktisch einmal zum „herrschenden“ Mittel liberaler Wähler werden<sup>127)</sup>. Allerdings gehört dieses Wahlverhalten zu jenen Verhaltensweisen, deren Entwicklung nur „Schritt für Schritt“<sup>128)</sup> vorangeht und letztlich dem Wandel des allgemeinen „Stil“-Empfindens<sup>129)</sup> unterliegt.

<sup>120)</sup> So etwa F. Tönnies: „Als ein spezifisch gesellschaftliches und liberales Gebilde erkennt man die öffentliche Meinung auch daran, daß nicht nur ihre Macht und Bedeutung, sondern auch ihr Wert und ihre Richtigkeit, ja wohl gar ihre Unfehlbarkeit, immer von den liberalen Parteien herausgestrichen wurden, während sowohl von rechts wie von links scharfe Kritik und Geringschätzung gegen sie aufgetreten sind“ (Zur Theorie d. öffentl. Meinung, in: Schmollers Jahrbuch f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich, 40. Jg., H. 4, Leipzig 1916, S. 399).

<sup>121)</sup> H. v. Hentig: Gedanken z. öffentl. Meinung, in: Merkur 17 (1963), S. 130.

<sup>122)</sup> Vgl. K. Jaspers: Freiheit u. Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik, München 1960.

<sup>123)</sup> Vgl. das schon im Vormärz auflebende radikalliberale Prinzip des 19. Jhds.: „Freiheit vor Einheit“.

<sup>124)</sup> Vgl. z. B. die überregional zum Einsatz gelangte Wahlanzeige der sog. ‚Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger in der Vereinigung zur Förderung der politischen Willensbildung‘ (Sitz: Bad Neustadt/S.) in: GA, 8. Nov. 1972, S. 22. Der demokratisch legitime, ja wünschenswerte Vorgang, daß sich die Liberalen als Mittler-Partei durchaus vor der Wahl und zur Kenntnis des Wählers für diesen oder jenen demokratischen Partner entscheiden können, wurde hier bewußt übersehen: „Eine

Partei, die sich ohne Alternativen dem stärkeren Partner ... unterwirft, noch ehe der Wähler seine Entscheidung getroffen hat, ist überflüssig ... Sie schwimmt im Schlepptau der SPD ... Diese FDP hat sich selbst parlamentarisch für unmündig erklärt! ... Diese FDP ist überflüssig! ...“ (usw. usw.).

<sup>125)</sup> Vgl. H. Koschwitz, a. a. O., S. 9 u. 11.

<sup>126)</sup> C. J. Friedrich: Demokratie als Herrschafts- u. Lebensform, Heidelberg 2./1966 (= Studien z. Politik, Bd. 1), S. 57.

<sup>127)</sup> So M. Hättich: Demokratie als Herrschaftsordnung (= Ordo Politicus, Bd. 7), Köln/Opladen 1967, S. 44: „Die politische Ordnung wird ja gerade in der Hinsicht interessant, ob eine eventuell *abweichende* Meinung sich äußern und irgendwann vielleicht sogar ‚herrschen‘ kann.“

<sup>128)</sup> „Ein Umbau der deutschen Verhältnisse kann nur Schritt um Schritt von innen nach außen erfolgen, durch Gedächtnis- und Gewissensstärkung, seelische Mobilisierung der Menschen — nie in umgekehrter Richtung“ (U. Sonnemann, a. a. O., S. 38).

<sup>129)</sup> Th. Eschenburg unterscheidet zwischen „Demokratisierung durch rechtliche Regelung, durch Gesetz, Statut und Vertrag“ und „Demokratisierung durch Wandlung des Stils“ (Demokratisierung u. polit. Praxis, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, B 38/70, v. 19. 9. 1970).



Ein weiterer, nicht unwesentlicher Faktor, der den Liberalen als offizielle Parteiorganisation sogar Zurückhaltung auferlegen könnte, wäre rechtlicher Natur.

Zwar heißt es in § 4 BWG: „Jeder Wähler hat zwei Stimmen . . .“ und nach dem Kommentar zu § 19 BWG sind sogar taktische *Wahlabsprachen* grundsätzlich zulässig<sup>130)</sup>, doch solange die F.D.P. für Bundestagswahlen eigene Direktkandidaten nominiert, wird man von ihren Repräsentanten kaum erwarten können, daß sie gleichzeitig — und sei es nur zur Ratifikation eines „von oben“ vorgeschlagenen Koalitionsmodells — die liberalen Erststimmen demonstrativ für diese oder jene Großpartei „freigeben“. Denn sonst wäre ein Konflikt mit dem Parteiengesetz unvermeidbar, zumindest formal würde gegen ein Grundinteresse der eigenen Partei verstoßen<sup>131)</sup>, wenn auch in der Substanz kein objektiver Schaden (verhinderte WK-Siege) eintrete. — Auf der anderen Seite kommt den Parteien und damit auch den Liberalen als historisch ältester Gruppierung gerade durch das Parteiengesetz die positive Aufgabe zu, „auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß zu nehmen, die politische Bildung anzuregen und zu vertiefen“ und „die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben zu fördern“<sup>132)</sup>. Von hier aus gesehen, würde also keine Veranlassung dazu bestehen, das Splitting aus der öffentlichen Diskussion „herauszunehmen“ oder totzuschweigen.

Einen sehr essentiellen Faktor stellen die Wähler der F.D.P. selbst dar. Schließlich sind sie es, die in realistisch-pragmatischer Beurteilung der Situation ihre Erststimmen zunehmend — 25 % (1961), 44 % (1965), 57 % (1969)<sup>133)</sup> — dem Kandidaten einer von ihnen präferierten Konkurrenzpartei geben. Hier dürfte man heute den geringsten Widerstand, die größte Resonanz erwarten können, sollte sich das Splitting jemals offiziell zu einem wahltaktischen Medium der Partei entwickeln. Dafür sprechen die Aufgeschlossenheit und die politische Bewußtheit, die in verschiedenen empirischen Untersuchungen den liberalen Stammwählern bescheinigt wurden: Eine

ältere Bundesumfrage (Nov. 1961) unterstreicht ihr besonderes politisches Interesse<sup>134)</sup>, eine jüngere Studie (Dez. 1970) hebt ihren relativ hohen Bildungsgrad hervor<sup>135)</sup> und spricht ihnen die höchste Bereitschaft zum Parteieintritt zu<sup>136)</sup>; eine neuere Analyse bestätigt den hohen Grad ihrer politischen Bewußtheit<sup>137)</sup>. Hier dürfte, um zwei liberale Autoren zu zitieren, die gemischte Stimmabgabe als offizielles Instrument im Sinne der „partizipativen Demokratie“<sup>138)</sup> und einer Antwort auf die „demokratische Herausforderung“<sup>139)</sup> auf fruchtbaren Boden fallen.

Wie gezeigt werden konnte, kommen der gemischten Stimmabgabe real oder potentiell verschiedene Funktionen zu: In ihrer assistierenden Funktion ist sie zunächst ein wahltechnisches Instrument, mit dem der Wähler einerseits selektiv auf die zu Wählenden, nämlich die personelle Zusammensetzung des Parla-

<sup>134)</sup> „Konsistente FDP-Wähler unterhalten sich hier nach bei weitem am häufigsten über Politik“ (M. Kaase: Analyse der Wechselwähler i. d. Bundesrepublik, in: Zur Soziologie d. Wahl, hg. v. E. K. Scheuch u. R. Wildenmann, Köln/Opladen o. J. (1965), 118.

<sup>135)</sup> Eine Aufschlüsselung der Parteipräferenz nach Bildungsschichtung hat bestätigt, „daß der Stimmenanteil der SPD mit zunehmender Bildung sinkt, während der der FDP mit zunehmender Bildung steigt“ (H. Kaack/K. G. Troitzsch: Jungwählerverhalten in Hamburg. Ergebnisse einer Hamburger Umfrage und Repräsentativstatistiken aus anderen Bundesländern, in: Aus Politik u. Zeitgeschichte, H. 50, S. 15 — Beil. i. DAS PARLAMENT v. 12. 12. 1970.

<sup>136)</sup> „Von den drei Bundestagsparteien weist die F.D.P. die höchste Quote an potentiell eintrittsbereiten Wählern auf (43,5 % der F.D.P.-Wähler gegenüber 36,8 % der SPD-Wähler und 28,1 % der CDU-Wähler)“ (ebd. S. 20).

<sup>137)</sup> Nach einer infas-Repräsentativerhebung (März 1970) haben die SPD-Anhänger ein überdurchschnittliches Interesse an im Fernsehen übertragenen Bundestagsdebatten (70 %), die CDU/CSU-Anhänger liegen dagegen mit 60 % unter dem Bundesdurchschnitt (65 %). Interessant ist das Ergebnis für die sozialstatistische Gruppe der F.D.P.-Anhänger: Die kleine Gruppe der Liberalen — im Bundestag waren sie z. Z. mit nur 5,8 % der Zweitstimmen vertreten — liegt mit 63 % über dem Gros der CDU/CSU-Anhänger, die z. Z. der Erhebung mit 46,1 % Zweitstimmen die größte Gruppe im Bundestag darstellten (Näheres bei U. Dübber: Zu einer Umfrage üb. d. Interesse an Fernsehübertragungen von Bundestagsdebatten, in: Zft. f. Parlamentsfragen, 1. Jg., 1970, H. 2, Sept., S. 163).

<sup>138)</sup> „Mit der Formel von der ‚partizipativen Demokratie‘ ist eine demokratische Verfassung programmiert, welche die partizipativen Initiativen einer politikbetroffenen Öffentlichkeit in die institutionalisierten Prozesse demokratischer Willensbildung einbeziehen will“ (E. Pankoke: Politische Partizipation u. liberale Demokratie, in: liberal, 14. Jg., H. 5, Mai 1972, S. 354).

<sup>130)</sup> Bundeswahlgesetz, erläutert v. K. H. Seifert, a. a. O., S. 128.

<sup>131)</sup> PartG § 10 Abs. 4: „Ein Mitglied kann nur dann aus der Partei ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen die Satzung oder erheblich gegen Grundsätze oder Ordnung der Partei verstößt und ihr damit schweren Schaden zufügt.“

<sup>132)</sup> PartG § 1 Abs. 2.

<sup>133)</sup> S. o. Anm. 25.



ments, direkt Einfluß nehmen und andererseits zugunsten angestrebter Koalitionen sogar zum Gewinn zusätzlicher Überhangmandate beitragen kann. Des weiteren kann die gemischte Stimmabgabe eine imperative Funktion ausüben und bestimmte Koalitionen durch das Wahlergebnis plebiszitär erzwingen. Schließlich kann ihr signalisierende Funktion zukommen, indem der Wähler durch die so oder alternativ „überkreuzte“ Stimmabgabe eine vor der Wahl in Aussicht gestellte Koalition mit diesem (oder jenem) als koalitionsfähig erachteten Konkurrenten ratifizieren (oder negieren) kann. Doch die vordergründigste Motivation bei diesem Wahlverhalten dürfte — die zitierten Wahl-Anzeigen haben das bestätigt — in der Absicht liegen, die *politische Macht* (für zwei an sich konkurrierende Parteien) zu gewinnen.

Daß das Splitting in dieser Zielsetzung aber offensichtlich überbewertet wird, konnte anhand der Bundestagswahlergebnisse vom 19. November 1972 nachgewiesen werden. Die Aussicht auf eventuelle Überhangmandate für einen Koalitionspartner der Liberalen — bei einem zu erwartenden Patt oder knappen Mehrheitsverhältnissen politisch verständlich — ist in praxi sehr gering, weil eine ganze Reihe von bestimmten Bedingungen erfüllt sein müßte. Seit 1965 hat es keine Überhangmandate mehr bei Bundestagswahlen gegeben.<sup>140)</sup>

Deshalb dürfte bei wahlpolitischen Überlegungen der Liberalen als offizielle Parteiorganisation stets der Gedanke der politischen Selbständigkeit, das Prinzip der parteilichen Unabhängigkeit und das programmierte Image der Dritten Kraft Vorrang haben vor dem Gedanken einer irgendwie gearteten wahl-systematischen Absicherung des jeweils passenden Koalitionspartners (A oder B), obwohl der liberale Wähler seinerseits die gemischte Stimmabgabe schon seit Jahren in zunehmendem Ausmaß „inoffiziell“ praktiziert!

Dieser Dualismus von puristischer Zurückhaltung und pragmatischer Öffnung, der sich bei den Liberalen in der wahlpolitischen Perspektive herausgebildet hat, diese im Grundsatz entgegengesetzten Verhaltensweisen bei ein- und demselben Vorgang erinnern aus historischer

Sicht an ein prinzipielles Dilemma, das für die verschiedenen Stadien in der Geschichte des deutschen Liberalismus relevant war: Die Alternative des älteren Liberalismus zwischen Ideal- und Realpolitik, die bei dem (gemäßigt National-)Liberalen M. Weber eine Sublimierung in das Gegensatzpaar von ‚Gesinnungs-‘ und ‚Verantwortungsethik‘ erfuhr<sup>141)</sup>. In diesen grundsätzlichen Fragen wurde M. Weber zu einem Wegweiser für die Liberalen. In seinem politischen Denken sollte sich der Politiker nicht gesinnungsethisch zu seiner „gerechten“ Sache bekennen und puristisch verhalten, sondern er sollte den etwas unbequemen Weg gehen und in einem steilen Kompromiß pragmatisch auch die „Lage der Dinge“ abwägen, d. h. er sollte sich *verantwortungsethisch* über die konkreten Folgen seines Handelns — oder seiner *unterlassenen* Handlungen! — Rechenschaft ablegen<sup>142)</sup>. Zuvor hatte schon der große Lehrmeister der Liberalen, F. Naumann, pragmatische und realpolitische Akzente gesetzt, als er z. B. den Weg zur politischen Macht elementar beschrieb: „Zum Willen gehört außer der Vorstellung des *Zieles* eine gleichzeitige Vorstellung des *Weges*, auf dem man das Ziel erreichen will. Eine bloße Vorstellung des Zieles ohne den Weg ist ein Wunsch, aber kein Wille.“<sup>143)</sup>

Unter Anwendung dieser Kategorien aus der Geschichte des politischen Liberalismus auf den eigentlichen Gegenstand dieser Untersuchung lassen sich die Komponenten beschreiben, die den politischen Liberalismus heute wahlpolitisch bestimmen dürften:

Es sind ‚gesinnungsethische‘ Grundsätze, wenn sich eine Partei in ihrer wahlpolitischen Einstellung auf die eigene „gerechte“ Sache besinnt und zur ungemischten, „reinen“ Stimmabgabe aufruft. Und es sind ‚verantwortungsethische‘ Maximen, wenn sich Bürger in sog. Initiativen zusammenfinden und sich, die „Lage der Dinge“ abwägend, zur gemischten, „pragmatischen“ Stimmabgabe bekennen.

<sup>141)</sup> Vgl. Th. Schieder: Das Verhältnis v. politischer u. gesellschaftlicher Verfassung u. die Krise d. bürgerlichen Liberalismus, in: Historische Zeitschrift 177 (1954), S. 55. — Ebenso W. J. Mommsen: Max Weber u. die deutsche Politik 1890—1920, Tübingen 1959, S. 49.

<sup>142)</sup> Vgl. M. Weber: Politik als Beruf (Vortrag, 1918/19), in: M. W., Ges. polit. Schriften, hg. v. J. Winkelmann, Tübingen 2./1958, S. 493 ff.

<sup>143)</sup> F. Naumann: Der Wille in der Politik (1905), in: F. N., Werke, 5. Bd., bearb. v. A. Milatz, Köln/Opladen 1964, S. 370.

<sup>139)</sup> „Demokratische Mündigkeit wächst ... in der demokratischen Herausforderung“ (G. v. Norden: Demokratisierung — Zur Klärung eines Begriffs, in: liberal, 14. Jg., H. 5, Mai 1972, S. 345).

<sup>140)</sup> S. o. Anm. 28.



Die verschiedenen Gründe und Hintergründe für die offizielle Zurückhaltung, die sich die Liberalen als politische Parteiorganisation in Fragen der gemischten Stimmabgabe auferlegen, konnten angesprochen werden. Eine einmal zu schreibende Parteiengeschichte wird aber dennoch den dominierend ‚verantwortungsethischen‘ Impetus dieser Liberalen hervorheben müssen. Es ist fast wörtlich das realpolitische Bekenntnis eines M. Weber, das der Vorsitzende der Liberalen auf dem Parteitag der Freiburger Thesen 1971 abgab: „Politik ist nicht eine Sache der Gesinnung allein. Sie ist auf *Durchsetzungsvermögen* angewiesen ... Politik ist die Fähigkeit ..., die richtigen Daten für die förderlichen Entscheidungen zu finden und zum *richtigen* Zeitpunkt die *richtigen* Entscheidungen zu treffen“<sup>144)</sup>. Und

es zeugt von geistiger Mobilität und pragmatischer Offenheit, wenn der Generalsekretär der Liberalen ein Jahr später, im April 1972, die sich im Lande bildenden Bürgerinitiativen und ihre Impulse — man denke an die liberalen Wählerinitiativen des Herbstes 1972 — im Grundsatz begrüßt: „Wer im Weiterwirken des politischen Liberalismus nicht nur eine sentimentale Schwärmerei sieht ..., wird alle *Verbesserungsvorschläge* und Aktivierungsmöglichkeiten unterstützen, auch in der *Erprobung, im Experiment* ...“<sup>145)</sup>

---

<sup>144)</sup> W. Scheel: Für eine Gesellschafts- u. Außenpolitik d. Toleranz u. d. Vernunft, in: Die Freiburger Thesen der Liberalen, a. a. O., S. 12.

<sup>145)</sup> K. H. Flach: Bürgerinitiative u. repräsentative Demokratie, in: liberal, 14. Jg., H. 4, April 1972, S. 245.



## Udo Kempf: Vom Vielparteiensystem zur Blockbildung. Das französische Parteiensystem.

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/73, S. 3—25

Die im März 1973 in Frankreich stattfindenden Wahlen gewinnen nicht allein durch die ungewissen Siegeschancen der heutigen Mehrheit besonderes Interesse, sondern vor allem durch die sich zum erstenmal so eindeutig manifestierte Polarisierung in zwei Blöcke: eine Mitte-Rechts- und eine Linksunion. Diese Konzentration des französischen Parteiensystems ist eine der interessantesten Entwicklungen der V. Republik. Ermöglicht wurde diese Änderung der politischen Landschaft einmal durch den Rückgriff auf die absolute Mehrheitswahl und zum anderen durch die Schaffung der gaullistischen Partei U.D.R., der es zum erstenmal in der französischen Geschichte gelang, die absolute Mehrheit zu erringen und 14 Jahre lang ununterbrochen den Premierminister aus ihren Reihen zu stellen.

Frankreichs Linke hatte diesem Konzentrationsprozeß im bürgerlichen Lager zunächst nichts Gleichwertiges gegenüberzustellen. Erst die Präsidentschaftswahl von 1965 überwand die seit den vierziger Jahren bestehende Abneigung zwischen Sozialisten und Kommunisten und ermöglichte die Kandidatur des gemeinsamen Links-Kandidaten François Mitterand. Nach Erfolgen bei den Nationalwahlen 1967 mußte die Linke auf Grund der Mai-Unruhen und der Streiks ein Jahr später empfindliche Verluste hinnehmen. Jedoch förderte diese Wahlniederlage bei den Linksparteien und bei den mit ihnen sympathisierenden Gewerkschaften die Einsicht, daß nur ein festes Bündnis zwischen allen Formationen der klassischen französischen Linken eine echte Alternative zu den Gaullisten bietet.

Die Gaullisten, bisher stete Förderer einer solchen Konzentrationsbewegung, die den Franzosen nur die Wahl zwischen einer kommunistischen oder gaullistischen Regierung erlauben sollte, stehen der nun unter Mitterand eingetretenen Entwicklung ziemlich ratlos gegenüber; sie hoffen einerseits auf die noch immer unbestreitbare Autorität und das Prestige des verfassungsrechtlich neutralen Staatspräsidenten, der realiter aber der wirkliche Führer der U.D.R. ist, und andererseits auf eine Koalition (und damit Integration) der Réformateurs, deren Ziel, eine „dritte Kraft“ zwischen den beiden Blöcken zu schaffen, vorerst zumindest illusorisch bleiben dürfte.

## Michael Harscheidt: Das Splitting — ein wahltaktisches Medium der Liberalen?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/73, S. 27—45

Aus der amerikanischen Wahlforschung stammt der Terminus „Splitting“, den man auf das ganz anders geartete Wahlsystem der Bundesrepublik zu übertragen oder mit Begriffen wie „gemischte Stimmabgabe“, „Über-Kreuz-Wählen“ und „Stimmenspaltung“ zu übersetzen versuchte. Eine Analyse dieses Wahlverhaltens führt heute unweigerlich in die neuere Geschichte des politischen Liberalismus, nämlich in das wahlrechtliche Dilemma der Liberalen. Denn in der gegenwärtigen politischen Situation, in der die Liberalen wenig Aussicht auf den Sieg eines eigenen Wahlkreis-kandidaten haben können, gewinnt ihre Erststimme eine neu zu definierende Funktion. Die Tatsache, daß die FDP-Wähler in Bundestagswahlen seit 1953 ihre Erststimme zunehmend dem Kandidaten einer bevorzugten Konkurrenzpartei gaben, bezeugt eine zunehmende Bewußtseinsveränderung der liberalen Wähler in dieser Grundsatzfrage.

Diese Entwicklung hat für die FDP Konsequenzen. In der zunehmend erkannten geringeren Bedeutung eines ‚parteitreuen‘ Einsatzes liberaler Erststimmen liegt aber nicht nur eine Schwäche, sondern hier können den Liberalen neue Kräfte zuwachsen: Die „uneigentliche“ liberale Erststimme kann, je nach den politischen Verhältnissen am Tage der Wahl, verschiedene Funktionen ausüben: Neben ihrer Einflußnahme auf den Erfolg direkt oder indirekt gewählter Kandidaten der konkurrierenden Parteien kann sie angekündigte Koalitionsaussagen ratifizieren oder bei einer völlig offenen Koalitionsfrage bestimmte Kombinationen plebiszitär begünstigen oder knappe Mehrheitsverhältnisse durch erhofften Überhang stabilisieren. Solche und ähnliche Motivationen konnten auch praktisch am Wahlkampf der Liberalen 1972 beobachtet werden. Der dabei sichtbar gewordene Konflikt wurde als ein Dualismus von puristischer Zurückhaltung und pragmatischer Öffnung begriffen. Aus historischer Sicht spiegelt sich darin zugleich das klassisch gewordene, prinzipielle Dilemma der Liberalen wieder: die Alternative zwischen Ideal- und Realpolitik, zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik.